Das politische Äquivalent des Krieges – die gewaltlose Aktion

GENE SHARP

DAS PROBLEM DES KRIEGES

Ist das Scheitern der Versuche, den Krieg abzuschaffen, eventuell darauf zurückzuführen, daß die Natur des Problemes nicht erkannt und darum auch kein adäquater Ansatz für die Lösung gefunden werden konnte?

»Um eine Antwort auf ein Problem zu finden, ist es notwendig, zu wissen, um was es dabei geht. In der Tat ist es so wichtig, dieses Problem zu kennen, wie eine Lösung dafür zu suchen[1].«

Dieser Artikel ist ein Versuch, das Problem zu definieren. Wir werden zu bestimmen versuchen, welche soziale Funktion der Krieg gehabt hat. Vielleicht läßt sich so erklären, warum nicht auf ihn verzichtet wurde. Wenn uns diese Erklärung gelingt, werden wir von dieser ausgehend versuchen, eine alternative Politik zu umreißen – ein politisches Äquivalent des Krieges –, welche dieselbe Funktion ausüben könnte.

Weit verbreitet ist die Meinung, daß William James in seinem Essay *Das moralische Äquivalent des Krieges*[2], an dessen Titel der gegenwärtige Artikel erinnern mag, ein Äquivalent des Krieges vorschlägt, das auch moralisch ist. Nur wenige Hinweise deuten jedoch in seinem Essay von 1910 in diese Richtung. Statt dessen suchte er den Frieden über einen »Ersatz für die erzieherische Funktion des Krieges«; ihm ging es darum, den Frieden zu schaffen und dabei doch solch »kriegerische Tugenden« wie die »Ideale der Ehre und die Maßstäbe der Tüchtigkeit« zu erhalten. Es war Walter Lippmann, der 18 Jahre später die Unzulänglichkeit von James' Analyse zeigte:

»Es genügt nicht, ein Äquivalent für die militärischen Tugenden vorzuschlagen. Es ist sogar noch wichtiger, ein Äquivalent für die militärischen Methoden und Ziele auszuarbeiten. Denn die Institution des Krieges ist nicht bloß ein Ausdruck des militärischen Geistes. Der Krieg dient nicht nur der Freisetzung gewisser subjektiver Impulse, die nach Ausdruck verlangen. Er ist auch – und ich glaube hauptsächlich – eine der Verfahrensweisen, mit Hilfe derer große menschliche Entscheidungen vollzogen werden. Wenn das wahr ist, dann hängt die Ächtung des Krieges in erster Linie davon ab, daß andere Verfahrensweisen gefunden und die organisatorischen Vehikel für sie geschaffen werden, um solche Streitpunkte zu entscheiden, die bisher durch Krieg entschieden wurden ...

Jedes reale Friedensprogramm muß von der Prämisse ausgehen, daß es in der voraussehbaren Zukunft Konflikte geben wird und daß diese entschieden werden müssen und daß ein Weg ohne Kriege gefunden werden muß, sie zu entscheiden[3].«

Sharp, Gene: The Political Equivalent of War – Civilian Defense. Aus: *International Conciliation*, No. 55 (1965). Mit freundlicher Genehmigung der Carnegie Endowment for International Peace. Übersetzt von Ulrich Trukenmüller jun. (gekürzt).

The Political Equivalent of War—Civilian Defense

German

Diese These hat mehr als die von William James diesen Artikel angeregt, und daher borgt dieser auch den Titel von Lippmanns Essay von 1928 – *Das politische Äquivalent des Krieges*[4].

Die folgende Analyse geht von der Annahme aus, daß die bisher vorgeschlagenen Lösungen zum Problem des Krieges ungenügend sind und zu einigen schwierigen Fragen Anlaß geben, denen man sich aufrichtig stellen muß. Wenn auch eine detaillierte Analyse und eine kritische Prüfung dieser Lösungen im Rahmen dieses Aufsatzes nicht vorgenommen werden kann, können doch einige Gründe für die Unzulänglichkeit jedes der Lösungsvorschläge angedeutet werden.

Der Zweck des folgenden Überblicks ist nicht, den konstruktiven Gehalt solcher Vorschläge zu leugnen, sondern anzudeuten, auf Grund welcher Mängel sie keine wirkliche Lösung des Problems darstellen.

Beseitigung der »Ursachen« des Krieges

Obwohl natürlich die Anstrengungen, Zustände zu beseitigen, die zum Krieg führen, sehr nötig und wünschenswert sind, ist es doch sehr wahrscheinlich, daß sie allein nicht zur Abschaffung des Krieges führen, und zwar aus drei Gründen (1). Selbst in dem günstigsten Falle, daß es gelänge, Ursachen vieler künftiger Kriege zu beseitigen, würde das Problem immer noch übrigbleiben, wie in den gegenwärtigen und zukünftigen Konflikten zu verfahren sei, deren Ursachen nicht beseitigt wurden (2). Es ist vielleicht nie möglich oder vielleicht auch gar nicht wünschenswert, die menschliche Gesellschaft von Konflikten zu befreien. Max Weber betonte zum Beispiel: »... nicht auszuscheiden ist aus allem Kulturleben der Kampf ... ›Friede‹ bedeutet Verschiebung der Kampfformen oder der Kampfgegner oder der Kampfgegenstände oder endlich der Auslesechance und nichts anderes[5].« Konflikte werden vielleicht weiterhin helfen, die menschliche Gesellschaft schöpferisch[6] und frei zu erhalten und Unterdrückung und Unrecht abzuschütteln. Manche bedeutenden internationalen Konfliktfälle – wie z. B. Mussolinis Angriff auf Äthiopien oder Hitlers Absicht, die Tschechoslowakei zu annektieren – lassen sich durch langfristige Versuche, zukünftige Mißstände zu verhindern, nicht lösen (3). Die Meinung, daß Kriege von korrigierbaren Mißverständnissen verursacht werden, geht an der Tatsache vorbei, daß gegenseitiges Verständnis oder sogar Freundschaft nicht imstande sind, in internationalen Konflikten die echten Streitfragen hinwegzulächeln. Weiterhin kann wie im Falle der Nationalsozialisten ein volles Verständnis der Absichten eines Gegners den Konflikt sogar verschärfen und die Wahrscheinlichkeit eines offenen Kampfes noch erhöhen.

Pazifismus und einseitige Abrüstung

Der Begriff Pazifismus bezieht sich auf zahlreiche Glaubenssysteme von Personen und Gruppen, welche die Beteiligung an allen internationalen Kriegen oder Bürgerkriegen oder gewaltsamen Revolutionen ablehnen aus moralischen, ethischen oder

religiösen Grundsätzen[7]. Diese Gruppen fordern einen staatlichen Pazifismus in Form von totaler einseitiger Abrüstung[8]. Dieses Programm gibt einzelnen Bürgern einen festen moralischen Standpunkt für ihre Argumentation, aber die Lösung des Kriegsproblemes kann ihnen nicht gelingen, da ihr moralischer Standort sie die Welt des Politischen in einer verzerrten Perspektive sehen läßt. Viele Pazifisten neigen dazu, die Bedeutung echter Streitfragen in internationalen Konflikten zu ignorieren oder herunterzuspielen, wobei sie gerne den Absichten aggressiver Diktatoren eine möglichst optimistische Erklärung geben.

Es gibt jedoch auch andere Motive für einen militärischen Angriff als die Herausforderung durch die militärischen Vorbereitungen des Opfers. Tatsächlich berichtet die Geschichte von unprovozierten militärischen Eroberungen. Nicht alle internationalen Konflikte können durch Verhandlungen und Kompromisse befriedigend gelöst werden. Wer diese Ansicht vertritt, vergißt, welch entscheidende Rolle die Macht in den internationalen Beziehungen spielt[9], besonders in Form von Sanktionen[10], unabhängig davon, ob diese in Reserve gehalten oder bei Krisen angewendet werden. Wenn zum Beispiel eine annehmbare Einigung nicht erzielt wird, werden Verhandlungen oft von der vorhandenen Fähigkeit beeinflußt, zu nehmen, was gefordert wird, oder solch einem Versuch gewaltsam zu widerstehen. Kompromisse können nützlich und wünschenswert sein; es gibt aber auch Streitpunkte, bei denen es moralisch und politisch gefährlich ist, einen Kompromiß zu schließen[11]. Der bloße Verzicht auf militärische Rüstungen würde einem Land im Falle internationaler Gefahren die Möglichkeit der Verteidigung nehmen. Obwohl die militärische Verteidigung selbst höchst wirkungslos und zerstörerisch sein mag, läßt eine reine negative Vorsichtsmaßregel darüber, was *nicht* in Konfliktsituationen zu tun ist, viele Leute ohne eine andere Wahl als die, weiterhin die gewohnten militärischen Reaktionen der Regierung zu unterstützen, in die sie noch immer einiges Vertrauen setzen.

Weltregierung

Während internationale Organisationen zweifellos nötig und wünschenswert sind, bedarf die These, daß das Kriegsproblem durch die Schaffung einer Weltregierung gelöst werden könne, sorgfältiger Überprüfung. Zwei kritische Ansätze verdienen besondere Aufmerksamkeit:

Zuerst einmal scheint die Weltregierung eher eine *Folge* von Weltfrieden und Weltgemeinschaft zu sein (und dann ein Mittel, beide zu bewahren und auszudehnen) als ein Mittel, den Weltfrieden zu *erreichen*. Hans J. Morgenthau, der die These akzeptiert, daß ein dauernder Frieden zwischen den Nationen einen Weltstaat erfordert, setzt zwingend auseinander, daß »eine Weltgemeinschaft einem Weltstaat vorausgehen muß«. Weil jedoch die Voraussetzungen für die Gemeinschaft jetzt nicht gegeben sind, »kann ein Weltstaat mit den gegenwärtigen moralischen, sozialen und politischen Zuständen in der Welt nicht gebildet werden«[12]. Trotz der Dringlichkeit des Problemes des Krieges dauert ein solcher Prozeß wahrscheinlich »Generationen«[13].

Die zweite Kritik bezieht sich auf die Tatsache, daß Weltregierung nicht die Abschaffung militärischer Potentiale bedeuten würde, sondern vielmehr die Konzentration überwältigender militärischer Macht in den Händen eines Weltstaates[14]. Diese Machtkonzentration wäre nötig, um den nationalen Regierungen diese Macht zu nehmen und eine weltweite Kontrolle rebellischer Kräfte zu garantieren.

Die Schaffung eines Weltstaates könnte den Frieden so wenig erhalten, wie die Existenz von Nationalstaaten automatisch gewaltsame Revolutionen, Bürgerkriege, Staatsstreiche und Guerillakriege innerhalb ihrer Grenzen verhindern konnte. Einige Jahrzehnte nach der Gründung ihrer Bundesregierung kam es sogar in den Vereinigten Staaten mit ihrem selten hohen Grad an kultureller, politischer und geschichtlicher Einheit zu einem äußerst blutigen Bürgerkrieg. Unvergleichlich viel größere Konflikte existieren auf der Welt heute, als es zwischen den 13 amerikanischen Kolonien der Fall war, während es kein Zeichen gibt, daß die gegenwärtigen Weltkonflikte im Laufe der kommenden Jahrzehnte bedeutend reduziert werden können. Nach Morgenthaus Ansicht kann nun aber in einer Gesellschaft, in der ernste Konflikte vorhanden sind und in der es keine diese Konflikte überdeckende Loyalitäten gibt, »der Frieden einer solchen Gesellschaft nicht vom Staat gesichert werden, so stark dieser auch sein mag«[15]. Die Politik einer Weltregierung könnte nicht nur auf die Opposition von einigen Einzelnen treffen, sondern auch auf die von ganzen bestehenden Staaten und geographischen Einheiten, die durch regionale, politische und nationale Solidarität miteinander verbunden sind. Die Regierung müßte über die Macht verfügen, großangelegter Revolutionen und Guerillakriege Herr zu werden. Darüber hinaus wäre die Eroberung oder Fabrikation von konventionellen und sogar nuklearen Waffen durch andersdenkende Gruppen möglich. So könnte der Versuch, verschiedene politische und ideologische Gruppen unter eine einzige Regierung zu bringen, die Chancen für einen Krieg eher noch erhöhen als verringern.

Die mögliche Gefahr des Aufruhrs könnte zum Druckmittel werden, die Weltregierung allmächtig zu machen und könnte zusammen mit anderen Zwangsmaßnahmen die Möglichkeit einer Weltdiktatur heraufbeschwören. Die Schwierigkeiten, die Regierung durch demokratische Institutionen zu kontrollieren, würden bei einem weltweiten Maßstab noch ungeheuer vermehrt.

Jeder Versuch, das Wiedererstehen autonomer militärischer Gruppierungen zu verhindern, würde wahrscheinlich eine weitgehende Kontrolle über den einzelnen Bürger sowie über Rohmaterialien, die industrielle Kapazität, verfassungsmäßige Regierungen, Polizeikräfte usw. erfordern[16]. Diese Kontrollen könnten auch für weniger edle Zwecke benutzt werden, besonders wenn man die Entwicklungen des Totalitarismus im 20. Jahrhundert betrachtet und die Tatsache, daß ein Weltstaat eine große Anziehungskraft auf die Machtbesessenheit potentieller Diktatoren oder totalitärer Parteien ausüben würde. Ob dem Programm einer Weltregierung tatsächlich das Primat beim Streben nach Frieden zukommt und ob eine Weltregierung wirklich der Sache des Internationalismus in einer konfliktgeladenen Welt dienen würde, verdient im Licht der oben angeführten Gesichtspunkte untersucht zu wer-

den Vielleicht bedroht *nicht* die nationale Souveränität selbst den Weltfrieden, sondern die Fähigkeit und der Wille, die militärische Macht als äußerste Sanktion in den internationalen Beziehungen einzusetzen. Vielleicht sind aber nationale Unabhängigkeit und militärische Verteidigung politische Erscheinungen, die sich voneinander trennen lassen.

Allgemeine kontrollierte Abrüstung

Der Vorschlag, die Kriegsgefahr durch eine allgemeine kontrollierte Abrüstung auszuschalten, ist von Politikern und Wissenschaftlern immer wieder erörtert worden. Wenn solche Abrüstungsabkommen möglich wären, würden die Spannungen verringert, und die Aggressionskraft und das Bedürfnis nach einer Verteidigungsstreitmacht würden drastisch reduziert werden. Jedoch gibt es fünf Hauptschwierigkeiten für die Realisierung dieser Vorstellungen:

1. Die internationale Lage ist nicht stabil. Einige Länder wollen den Status quo aufrechterhalten, und andere wollen ihn ändern. Solange Staaten weiterhin ihr militärisches Potential als die wirksamste letzte Sanktion zur Erhaltung und zur Änderung bestehender Beziehungen ansehen, ist es beinahe unmöglich, eine Einigung darüber zu erreichen, dieses Potential aufzugeben.

2. In Verhandlungen über die Reduzierung oder Begrenzung militärischer Rüstungen versuchen die Kontrahenten fast unausweichlich, sich dessen zu versichern, daß ihre relative Sicherheitsposition nicht gefährdet, sondern eher noch verbessert wird. Die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen hat diese Tatsache demonstriert[17].

> »Keine Macht will einen Vertrag in Erwägung ziehen, wenn nicht die Lage, die aus ihm resultiert, das eigene militärische Interesse sichert. Zwei Fakten stehen der Übereinkunft dauernd im Wege: die Ungewißheit darüber, was unter einem Gleichgewicht zwischen den Opponenten zu verstehen sei, und die aller Militärpolitik eigene Tendenz, für den Fall einer Fehleinschätzung des Gleichgewichts noch gewisse Reserven zu haben[18].«

3. Um die Gefahr, daß Abrüstungsabkommen gebrochen werden, zu überwinden, hat man Überwachungsmaßnahmen vorgeschlagen. Obwohl technische Entwicklungen die Überwachung heute eher möglich machen, ist eine Verletzung der Bestimmungen aber immer noch denkbar. Es ist zu bezweifeln, daß eine weltweite Überwachung oder eine sogar nur auf die Großmächte beschränkte Überwachung den Sicherheitsgrad haben könnte, der das gegenseitige Mißtrauen und die Möglichkeit einer schweren Übertretung beseitigen würde.

Sogar die Beibehaltung einer kleinen Anzahl mächtiger Waffen würde einen gewichtigen militärischen Vorteil in einer sonst weitgehend abgerüsteten Welt bieten. Während z. B. die Möglichkeit des Abschusses von Bomben aus Raketenbasen eliminiert werden mag, könnten weniger dramatische Transportmethoden entworfen werden; technisch ist es möglich, Bomben auch in einem Koffer zu transportieren.

Unter begrenzter Entdeckungswahrscheinlichkeit wäre es auch möglich, einige

existierende nukleare Waffen zu verstecken oder neue herzustellen. Es ist noch unendlich viel schwieriger und »unter gegenwärtigen Umständen nicht im entferntesten in Erwägung zu ziehen«, chemische und biologische Waffen zu überwachen, die in kleinen, aber tödlichen Mengen hergestellt werden können[19].

4. Reduziert man das Niveau der militärischen Vorbereitungen, mag dies zwar die internationalen Spannungen ein wenig vermindern, beseitigt aber nicht den Krieg. »Die Menschen kämpfen nicht, weil sie Waffen haben. Sie haben Waffen, weil sie es für nötig halten, zu kämpfen[20].«

Solange das Vertrauen auf militärischen Mitteln als der mächtigsten Technik zur Lösung internationaler Konflikte ruht, wird das Verlangen nicht nachlassen, Kriegsvorbereitungen sogar nach gemeinsamer Abrüstung wiederaufzunehmen, wenn akute Konflikte aufbrechen oder ehrgeizige Führer Gebietserweiterung suchen.

5. Zu bedenken ist auch das Problem, wie Länder zu behandeln sind, welche die Abrüstungsvereinbarung verletzen. Das Übereinkommen ist wertlos, wenn die Verletzungen ignoriert werden oder Länder einfach im Interesse der Selbstverteidigung wiederaufrüsten. Wirtschaftliche Sanktionen hätten wenig Wert, wenn das zuwiderhandelnde Land verhältnismäßig autark wäre. Krieg gegen jenes Land würde nicht die Absicht des Vertrages, nämlich die Erhaltung des internationalen Friedens, erfüllen.

Obwohl Rüstungsbeschränkungen zur Verminderung von Spannungen nützlich sein mögen, gibt es daher keine idiotensicheren Formeln oder praktikablen Sanktionen, welche die Kriegsgefahr endgültig beseitigen würden[21].

Überdies ist es schwierig, Regierungen so weit zu bekommen, daß sie über den Punkt hinausgehen, bei dem im Falle eines Angriffes ihre militärische Widerstandsfähigkeit ernstlich gefährdet oder zerstört ist.

> »Wir können nicht erwarten, daß ... die vollständige und freiwillige Aufhebung nationaler Bewaffnungen von Regierungen praktiziert wird, die Streitpunkte vor Augen haben, bei denen sie lieber auf Gewalt zurückgreifen, als daß sie eine Niederlage akzeptieren[22].«

Das jahrzehntelange Mißlingen, den Krieg durch Verhandlungen abzuschaffen, und die vermehrten Schwierigkeiten seit der Entwicklung nuklearer Waffen sollten zur Vorsicht mahnen, in der Abrüstung das Allheilmittel für das Problem des Kriegs zu sehen.

Das bedeutet nicht, daß die fortgesetzte Prüfung jener Vorschläge aufgegeben werden sollte, sondern die hier aufgeworfenen Fragen sollten eher zur Skepsis anregen, wenn jene Vorschläge als mögliche Lösungen in Betracht gezogen werden. Die Annahme, daß eine dauerhafte Lösung existiert und nur entdeckt zu werden braucht, ist unbegründet.

> »Wir ... glauben nicht, daß die Probleme des Krieges und des internationalen Konflikts einer Ein-für-allemal-Lösung zugänglich sind. So etwas wie ewige Wachsamkeit und Entschlossenheit wären nötig, um Frieden auf der Welt bei jeder Stufe der Abrüstung, sogar der totalen Abrüstung, zu erhalten[23].«

Internationale Konflikte sind unvermeidbar, und politische Gruppen oder Länder

werden weiterhin versucht sein, ihre Wünsche mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

DIE NOTWENDIGKEIT EINES ERSATZES

Wenn wir eine Lösung für das Problem des Krieges suchen, müssen wir die Welt nehmen, wie sie tatsächlich ist, und nicht so tun, als ob sie jetzt so sei, wie wir es gerne möchten. Wie bereits angedeutet wurde, glaubt man immer noch, daß die militärische Aktion die einzige wirksame letzte Sanktion ist gegen extreme Tyrannei und besonders gegen Expansionsbestrebungen anderer Staaten.

Konflikte bestehen (und sollten bestehen) in vielen Ländern und in allen Teilen der Welt zwischen antidemokratischen Kräften und solchen Kräften, die an Freiheit glauben, an die Würde des Individuums, politische Demokratie und die zu diesen Grundsätzen gehörigen Handlungsweisen. Diese Konflikte fordern von diesen demokratischen Kräften die Fähigkeit, zu kämpfen und Sanktionen auszuüben.

Zu einer Zeit, in der eine wirkungsvolle Kampftechnik dringend gebraucht wird, verbietet jedoch die Natur der modernen Waffen vernünftigen Menschen den Einsatz des traditionellen letzten Sanktionsmittels, des Krieges. Wir sind einem politischen Dilemma und einem offensichtlichen Paradoxon gegenübergestellt. Es besteht ernste Gefahr, wenn es unterlassen wird, solche Konflikte auszufechten, aber sogar noch größere Gefahr, wenn ihnen mit den bisher üblichen Mitteln begegnet wird. Daher steht heute nicht nur die Frage des Krieges auf dem Spiel, sondern auch die ganze Richtung, welche die Verfassungsgeschichte der Erde einschlägt. Die Lösungen zum Problem des Krieges und der Unterdrückung hängen vielleicht voneinander ab.

Man behauptet, daß die großen Institutionen in der Gesellschaft (zu denen der Krieg gehört) nicht ohne Grund weiterexistieren. Sie bestehen fort, weil sie eine gesellschaftliche Notwendigkeit erfüllen, die beachtet werden muß, wenn sie verändert oder abgeschafft werden sollen. Wenn daher eine Institution eliminiert werden soll, muß sie durch eine stellvertretende Institution ersetzt werden, welche dieselbe Funktion ausübt.

> »Jeder Versuch, eine bestehende soziale Struktur zu beseitigen, ist zum Scheitern verurteilt, wenn nicht für alternative Strukturen vorgesorgt wird, welche die Funktionen der bisherigen abzulösenden Organisation erfüllen[24].«

Der Ausdruck »Funktion« war sowohl im allgemeinen Sprachgebrauch als auch in der Soziologie einer Vielfalt von Definitionen unterworfen. Für den Zweck dieser Diskussion wird die Definition von A. R. Radcliffe-Brown benutzt: »Die *Funktion* jeder wiederkehrenden Tätigkeit ... ist der Anteil, den sie im gesellschaftlichen Leben als Ganzes hat und daher der Beitrag, den sie zur Aufrechterhaltung der strukturellen Kontinuität liefert[25].« Wenn man fragt, was die Funktion eines sozialen Verhaltensmusters ist, fragt man tatsächlich: »Was ›tut es‹ für das Volk und seine Gruppen[26]?«

Robert K. Merton führt aus, daß die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen (Verhaltensmuster, Institutionen oder die anerkannten »Mittel«, die zu einem gesellschaftlichen Ziel führen) nicht die einzig möglichen sind. Es gibt auch andere Wege, die von der jetzigen Struktur übernommenen Funktionen auszuüben. Im Gegensatz zu dem »Konzept der unerläßlichen kulturellen Formen (Institutionen, standardisierten Praktiken, Glaubenssystemen usw.)« gibt es daher das Konzept der funktionalen Alternativen oder funktionalen Äquivalente oder des funktionalen Ersatzes. Weiterhin, »genauso wie dasselbe Ding vielerlei Funktionen haben kann, so kann dieselbe Funktion auf verschiedene Weise von alternativen Dingen ausgeübt werden«. In diesem Sinne werden funktionale Erfordernisse eher als »spezifische gesellschaftliche Strukturen zulassend denn als sie bestimmend« angesehen[27]. Mit anderen Worten, eine gegebene Funktion kann von einer Vielfalt von Strukturen ausgeübt werden. »In wirklichen Konflikten gibt es auch Wahlmöglichkeiten zwischen vielen Streitformen, deren Auswahl sich nach ihrer instrumentellen Tauglichkeit richtet[28].«

Bekannte Soziologen, allen voran Robert K. Merton, vertreten die Ansicht, daß diese theoretischen Grundsätze auf alle wichtigen sozialen Institutionen anwendbar sind und daher auch auf das Problem des Krieges angewandt werden können. Das Folgende ist ein Versuch, dies zu tun; ihm liegt die Annahme zugrunde, daß theoretische Einsichten oft für die Lösung praktischer Probleme wichtig sind und daß manchmal ein solcher Versuch vielleicht den Weg zu fundamentaleren Lösungen zeigt, als es sonst möglich gewesen wäre. Die Schlüsse aus solch einer theoretischen Analyse müssen jedoch sorgsam im Sinne ihrer praktischen Anwendbarkeit geprüft werden.

Eine Funktion des Krieges

Ein solch komplexes und vielseitiges Phänomen wie der Krieg hat einer Anzahl von Funktionen gedient. Manche sind nicht mehr so bedeutend, wie sie waren; andere spielen weiterhin eine Hauptrolle. Von *einer* Funktion glaubt man weiterhin, daß sie nötiger ist und eher zu rechtfertigen als alle anderen und daß sie daher bedeutend zur Verewigung des Krieges beiträgt: Was auch sonst immer der Krieg mit sich gebracht und zu welchen Ergebnissen er auch geführt haben mag, er hat doch ein letztes Sanktionsmittel dargestellt, das man in der Reserve hatte, um seinen Argumenten in Verhandlungen Gewicht zu verleihen, und auf das man zurückgreifen konnte, wenn andere Mittel nicht ausreichten, um die bürgerlichen Freiheiten, die politischen Bestrebungen, die religiösen Anschauungen und den gesellschaftlichen Lebensstil eines Landes zu verteidigen. In Zeiten der Gefahr nahm die Fähigkeit, Krieg zu führen, den Völkern und den Regierungen das Gefühl der Ohnmacht, und der Krieg bot ihnen eine Kampftechnik, mit der sie bestimmte Ziele verteidigen und erstreiten konnten. Hilflosigkeit, Feigheit und Unterwerfung gegenüber einem Übel, das man auf sich zukommen sah, wurden als die Alternativen zum Krieg betrachtet. Selbst die nuklearen Waffen werden heute in dieses Denkschema eingeordnet. Obwohl ihr Gebrauch als gesellschaftlich unerwünscht verworfen werden mag,

glaubt man, daß ihre Existenz einen Feind davon abschrecken wird, seine Drohungen auszuführen, und sie auf diese Weise verhindern, daß ein Konflikt in einen großen Krieg übergeht und das Leben der Nation gefährdet.

Keiner der traditionellen Vorschläge, den Krieg zu kontrollieren, zu ersetzen oder ganz zu beseitigen, hat dieser gleichen Funktion gedient, obgleich sowohl Abkommen kollektiver Sicherheit als auch internationale Polizeikräfte vorgesehen wurden, um Aggressionsgefahren abzuwehren und schon am Entstehen zu hindern. Wie Morgenthau jedoch ausgeführt hat, ist es äußerst zweifelhaft, daß in einer bestimmten Situation die nötigen Voraussetzungen für einen wirkungsvollen Einsatz der Kollektivstreitkräfte tatsächlich gegeben sein werden. Ohne die vorhergehende Entwicklung einer Weltgemeinschaft ist eine internationale Polizeistreitkraft, die sich aus eigener Kraft verteidigen kann, nicht erreichbar[29].

Wenn aber der Krieg eine letzte Kampftechnik war, zwischenstaatliche Aggressionen zu entmutigen und ihnen zu widerstehen, und wenn eine gegebene gesellschaftliche Struktur nicht aufgelöst werden kann, ohne daß sie durch eine stellvertretende Struktur ersetzt wird, die dieselbe Funktion ausübt, und wenn die Vorschläge zur Ausschaltung des Krieges keinen solchen Ersatz geliefert haben, dann ist nur ein Schluß möglich: Solche Vorschläge zur Abschaffung des Krieges konnten unmöglich erfolgreich sein, sogar angesichts der Schrecken nuklearer Kriegsführung.

Benötigt wird ein stellvertretendes Kampfmittel, das sich mindestens ebenso wirkungsvoll einsetzen läßt, wie der Krieg eingesetzt wurde, um die politischen Freiheiten und den Lebensstil eines Landes gegen Bedrohungen von innen und außen zu verteidigen. Die Problemstellung lautet jetzt: Läßt sich ein funktionales Äquivalent der militärischen Verteidigung, oder ein politisches Äquivalent des Krieges entwickeln, das effektiv genug ist, um diejenigen politischen Lagen zu meistern, die oben diskutiert wurden?

Diese Formulierung des Problems ist ungewöhnlich. Wichtige Teile der Herleitung der Problemstellung dürfen jedoch schon als fast allgemein akzeptiert gelten. Die Bemühungen um eine Rüstungsbeschränkung scheinen von der Annahme auszugehen, daß die Eliminierung der Verteidigungsfähigkeit einer Nation entweder unmöglich oder in der gegenwärtigen internationalen Lage nicht zu wünschen ist. Morgenthaus Analyse der Abrüstungsproblematik ist voll vereinbar mit der obigen Analyse, obwohl er zu anderen praktischen Schlußfolgerungen kommt.

»Beobachtern mit einem gewissen Reflexionsvermögen ist nicht entgangen, daß die Lösung für das Problem der Abrüstung nicht in der Abrüstung selbst liegt. Sie fanden sie in der Sicherheit. Rüstungsanstrengungen sind die Resultate gewisser psychologischer Faktoren. Solange diese Faktoren bestehenbleiben, wird die Entschlossenheit der Nationen zur Bewaffnung auch bestehenbleiben, und diese Entschlossenheit wird die Abrüstung unmöglich machen. Das allgemein beteuerte und meist auch tatsächliche Motiv für Rüstungsanstrengungen ist die Furcht vor Angriffen, das heißt ein Gefühl der Unsicherheit. Daher wurde argumentiert, um die Nationen tatsächlich vor Angriffen sicher zu machen, brauche man unbedingt ein neues Verfahren, das ihnen dieses Gefühl der Sicherheit geben würde. Die Motivation und die tatsächliche Notwendigkeit einer Rüstung würden dann verschwinden;

denn die Nationen würden in diesem neuen Verfahren die Sicherheit finden, die sie vorher in Rüstungen suchten[30].«

Die Betrachtung des Problemes des Krieges aus diesen verschiedenen Perspektiven hat somit eine Bestätigung der Diagnose Lippmanns von 1928 erbracht: Ein politisches Äquivalent des Krieges ist notwendig.

Finden läßt sich dieses Äquivalent vielleicht dann, wenn wir aufhören, mit dem Begriff »Verteidigung« immer nur traditionsgemäß die Vorstellung einer bewaffneten Verteidigung durch Soldaten oder allenfalls noch durch Partisanen zu assoziieren. Könnte es nicht eine nichtmilitärische Abschreckungsstrategie, einen »Krieg ohne Gewalt« (zumindest ohne Gewalt von seiten der Verteidiger) geben, mit dem das Volk sich gegen Staatsstreiche oder Invasionen zur Wehr zu setzen vermöchte? Zum Frieden führt vielleicht nicht die vollständige oder teilweise Abrüstung, sondern eine »Umrüstung« – ein Wechsel von einem Verteidigungssystem zu einem ganz anderen Verteidigungssystem.

MACHTKONTROLLE UND GEWALTLOSE KAMPFTECHNIK

Die Behauptung, daß man nur mit militärischen Mitteln einem Gegner widerstehen könne, der militärisch vorgehe, läßt sich nicht halten. Zu viele historische Erfahrungen mit nichtmilitärischen Widerstandsmethoden widersprechen ihr. Letztere haben sich als so mächtig und wirksam erwiesen, daß sie die Pläne bewaffneter Gegner durchkreuzen und bedeutende Zugeständnisse erzwingen und eigene Ziele durchsetzen konnten.

Diese Fälle und die dabei angewandten Kampfmittel wurden zuwenig erforscht. Unser Wissen darüber ist nicht nur begrenzt, sondern auch schwerwiegende Mißverständnisse über diese nichtmilitärischen Kampfmittel sind weit verbreitet.

Indirekte Strategie

Der Gedanke, daß Widerstand ohne militärische Waffen gegen einen Gegner wirksam sein könnte, der militärische Machtmittel einsetzen kann, wird häufig abgelehnt. Es gilt als selbstverständlich, daß der Widerstand gegen einen militärischen Angriff frontal zu erfolgen habe, und zwar mit denselben Kampfmitteln, zur gleichen Zeit und am gleichen Ort. Da der nichtmilitärische Widerstand das nicht vermag, wird der ganze Gedanke nicht der Betrachtung für wert erachtet. Wer sich aber auch nur mit Problemen der Militärstrategie etwas eingehender beschäftigt hat, weiß, daß es nicht immer das klügste ist, einem feindlichen Angriff frontal zu widerstehen, und zwar genau deshalb, weil der Feind dort Widerstand erwartet und daher dort seine Schlagkraft konzentriert hat. Napoleon hat z. B. als einen Grundsatz postuliert, daß man »nie eine Position von vorne angreifen soll, die man durch ein Umgehungsmanöver erreichen kann«[31]. Ähnlich argumentiert B. H. Liddell Hart:

»Es ist eine jahrhundertalte Erfahrung, daß durchschlagende Erfolge im Krieg selten erzielt wurden, ohne daß der Angriff so indirekt erfolgte, daß er einen unvorbereiteten Gegner traf[32].«

Wenn es sogar in militärischen Konflikten nicht die klügste Strategie ist, dort zu widerstehen und anzugreifen, wo der Gegner seine Kampfkraft konzentriert hat, besteht kein Grund, eilfertig eine andere Art der indirekten Strategie zu verwerfen, welche die politische Macht und das militärische Potential eines Feindes mit anderen Mitteln angreifen will als durch das direkte Gegenüberstellen von Kampfmitteln derselben Art. Eine solche Strategie ermöglicht vielleicht eine bedeutende Verstärkung der Kampfkraft eines Landes, die seine potentielle militärische Kampfkraft noch bei weitem übertrifft.

Es ist darum zu prüfen, ob es nicht eine erfolgversprechende Verteidigungskonzeption gibt, in welcher militärischen Aktionen des Gegners immer indirekt begegnet wird, indem ihm mit ganz anderen Widerstandsmethoden geantwortet wird; eine Verteidigungspolitik, in welcher der Kraftaufwand des Gegners gegen seine eigene Machtposition gewendet wird in einer Art politischem Jiu Jitsu. Die Quellen seiner Kraft sollen dadurch gedrosselt oder verschlossen werden, was zur unvermeidlichen Folge haben wird, daß seine politische und militärische Position bedeutend geschwächt wird oder in sich zusammenbricht.

In der Macht des Gegners wird oft eine verhältnismäßig feststehende Größe gesehen, ein in der Situation »gegebener« Faktor, der im großen und ganzen nur durch die Drohung mit überwältigender physischer Kraft oder durch ihre Anwendung kontrolliert oder zerstört werden kann. Durch die Konfrontation mit der möglichen Zerstörung von Menschen, Waffen, Städten, Industrien, Nachrichtenverbindungen usw. soll der Feind gezwungen werden, einem Abkommen zuzustimmen. Aber diese Vorstellung von der Macht einer Regierung als einem Granitblock, dem man nur mit Dynamit beikommen kann, ist äußerst grob und verkennt die Natur der Macht, die einer Regierung zur Verfügung steht.

Eine Studie über die Kontrolle politischer Macht muß der Frage nachgehen, ob die Macht einer Regierung nicht statt an der Fassade, an der Basis angegriffen werden kann. Die Fähigkeit des Feindes, Krieg zu führen, muß im Zusammenhang mit seiner gesamten politischen Macht gesehen werden, und diese Macht muß wieder auf ihre gesellschaftliche Basis hin untersucht werden[33]. »Die Ansicht, daß die Gewalt Regierungen schaffe, ist eine dieser Halbwahrheiten, die zu kompletten Fehlurteilen führen[34].« Zutreffender scheint uns die These zu sein, daß die von einer Regierung ausgeübte Macht von Quellen außerhalb des Machthabers stammt. Die Ausübung politischer Macht durch einen Herrscher verlangt von ihm die Fähigkeit, das Verhalten anderer Leute zu dirigieren, große Hilfsquellen (Menschen und Material) sich verfügbar zu machen, einen politischen Zwangsapparat wirkungsvoll einzusetzen und mit einer Bürokratie effektive Verwaltungsarbeit zu leisten. Diese Fähigkeiten haben ihren Ursprung in der Gesellschaft selbst[35].

Politische Macht resultiert aus dem Zusammenspiel aller oder einiger der folgenden Faktoren:

1. *Autorität:* das Ausmaß der Autorität der Regierung über die Regierten, d. h. »die Eigenschaft, welche dazu führt, daß die Urteile, die Entscheidungen und Empfehlungen bestimmter Menschen von anderen freiwillig als richtig anerkannt und ausgeführt werden«[36].

2. *Quantität der Hilfswilligen:* die Anzahl der Personen, welche die Autorität der Herrschenden anerkennen, ihnen gehorchen und mit ihnen zusammenarbeiten oder besondere Hilfe anbieten, und das Zahlenverhältnis dieser Personen zur Gesamtbevölkerung.

3. *Qualität der hilfswilligen Arbeitskräfte:* die Fähigkeiten und Kenntnisse der Personen, welche die Autorität der Herrschenden anerkennen, und deren Beziehung zu dem, was die Herrschenden benötigen.

4. *Unsichtbare Faktoren:* die psychologischen und ideologischen Faktoren wie Sitten und Gebräuche oder die innere Einstellung gegenüber Gehorsam und Unterordnung; dann das Vorhandensein oder Fehlen eines gemeinsamen Glaubens und einer gemeinsamen Ideologie; missionarisches Sendungsbewußtsein und ähnliche Faktoren.

5. *Materielle Hilfsquellen:* das Ausmaß, mit dem das Eigentum, die Bodenschätze, die Finanzen, die Wirtschaft und die Industrie, die Nachrichten- und Transportmittel unter der Kontrolle und zur Verfügung der Herrschenden stehen.

6. *Sanktionen:* die Art und das Ausmaß der Zwangsmaßnahmen, die den Herrschenden zur Verfügung stehen, wenn sie es für angebracht halten, sie gegen die eigenen Untertanen oder gegen Regierungen anderer Staaten einzusetzen.

Der Grad, bis zu dem diese Faktoren vorhanden sind, ist verschieden, aber sie sind – wenn überhaupt – selten in maximalem Umfang vorhanden, und sie fehlen auch selten ganz. Variationen in diesen Faktoren führen zu einer Vergrößerung oder einer Verkleinerung der Macht der Herrschenden[37]. Eine nähere Prüfung der Hauptquellen der Macht einer Regierung zeigt, wie unmittelbar sie vom Gehorsam und der Mitarbeit der Regierten gespeist werden. Dies stimmt sogar im Falle von Sanktionen. Die Fähigkeit, Sanktionen auszuüben, hängt vom Gehorsam und der Mitarbeit der Regierten ab. Umgekehrt hängt die Wirksamkeit von Sanktionen von der besonderen Art der Unterordnung der Regierten ab und davon, ob ihre Furcht vor Sanktionen größer ist als ihre Entschlossenheit, Widerstand zu leisten[37a]. Somit ist die Macht der Herrschenden nicht ein »gegebener« statischer Faktor, sondern wechselt mit dem Grad des Konsensus zwischen Regierenden und Regierten bzw. der Nachgiebigkeit der letzteren[38].

»Damit der Staat bestehe, müssen sich die Beherrschten der beanspruchten Autorität der jeweils Herrschenden fügen[39].« Bei dieser »zweiseitigen Beziehung« kann nie angenommen werden, daß das nötige Ausmaß an Gehorsam und Mitarbeit automatisch vorhanden sein wird[40]. Die innen- und außenpolitische Macht jeder Regierung ist daher »proportional zu ihrer Fähigkeit, sich Gehorsam zu schaffen und aus diesem Gehorsam die Mittel zum Handeln zu gewinnen. Alles hängt von diesem Gehorsam ab[41].« Die uns bekannten Fälle von Nichtzusammenarbeit, Massenungehorsam und offener Mißachtung von Befehlen sind einfach die etwas dramatischeren Zeugnisse dieser allgemeinen politischen Erfahrung.

Da die Motive für den Gehorsam nicht konstant bleiben und der Grad an Gehorsam wechselt, besteht auch die Möglichkeit, die Macht der Herrschenden zu kontrollieren oder zu unterminieren, indem man ihnen zielbewußt Gehorsam und Zusammenarbeit verweigert.

Um dies zu erreichen, müssen sich Nichtzusammenarbeit und Ungehorsam so weit ausbreiten, daß es den Unterdrückungsmaßnahmen der Herrschenden nicht mehr gelingt, die Wiederaufnahme der vorigen Unterordnung und Zusammenarbeit zu erzwingen. Wenn einmal der Wille vorhanden ist, Sanktionen als die Kosten des Ungehorsams zu akzeptieren, sind Ungehorsam und Nichtzusammenarbeit in großem Maßstab möglich. Solches Handeln wird dann politisch relevant, und der Wille der Herrschenden wird um so eher konterkariert, je größer die Anzahl der ungehorsamen Bürger und der Grad der Unabhängigkeit von ihnen ist.

Die politische Potenz der Nichtzusammenarbeit

Es gibt historische Zeugnisse dafür, daß massive Nichtzusammenarbeit unter gewissen Umständen die politische Macht von Regierungen kontrollieren kann. Jawaharlal Nehru folgert aus seinen Erfahrungen im indischen Unabhängigkeitskampf: »Nichts ist verwirrender und letzten Endes einer Regierung abträglicher, als es mit einem Volk zu tun zu haben, das sich ungeachtet der Folgen nicht ihrem Willen beugen will[42]«.

Vielleicht ist es jedoch instruktiver, hier die Kommentare von Regierungsvertretern anzuführen, in denen sie hinweisen auf die Notwendigkeit, die Unterstützung der Öffentlichkeit zu bekommen und sich zu erhalten, und in denen sie ferner die Gefahren nennen, die durch Versagung dieser Zusammenarbeit mit oder ohne aggressive gewaltlose Aktionen für sie entstehen. Mitten in der Bewegung des zivilen Ungehorsams von 1930/31 in Indien warnte der englische Vizekönig, Lord Irwin, vor der politischen Kraft solcher Widerstandsmittel:

> »Nach meiner Ansicht und der meiner Regierung handelt es sich hier um den planmäßigen Versuch, die etablierte Autorität durch Massenaktionen unter Druck zu setzen. Wir müssen diesen Versuch daher als verfassungswidrig und gefährlich subversiv betrachten. Die Massenaktion ist selbst dann, wenn ihre Führer sie gewaltlos vorantreiben wollen, nichts anderes als die Anwendung von Zwang in einer anderen Form, und wenn sie als ihr erklärtes Ziel hat, die Regierung lahmzulegen, muß eine Regierung entweder Widerstand leisten oder abdanken ... Solange die Bewegung des zivilen Ungehorsams anhält, müssen wir sie mit unserer ganzen verfügbaren Kraft bekämpfen[43].«

Während der deutschen Besetzung von großen Teilen der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, die sich von den Bedingungen der englischen Kolonialherrschaft in Indien stark unterschied, gelangten gewisse deutsche Beamte und Offiziere gleichfalls zu der Einsicht, daß die Zusammenarbeit und der Gehorsam der Beherrschten für die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes notwendig sei. Alexander Dallin schreibt in seiner Untersuchung der deutschen Besatzungspolitik in Rußland:

»Wenn auch die Peitsche weiterhin das beinahe universelle Attribut der deutschen Herrschaft blieb, dämmerte doch langsam die elementare Erkenntnis, daß für ein Maximum an Sicherheit und Leistung die aktive Mitarbeit des Volkes notwendig war. Ein pragmatischer Imperativ, draußen im Osten in erster Linie erkannt, diktierte eine Abkehr von der Praxis, wenn auch nicht der Theorie des Kolonialismus nach Nazi-Art[44].«

In einem Memorandum des Propagandaministeriums in Berlin vom 23. Oktober 1943 wurde die Lage auf Grund von aus Minsk einlaufenden Meldungen folgendermaßen beurteilt:

»Bringt man es aber durch ungeschickte Politik dahin, daß die riesige, schwerfällige Masse der Neutralen, die nichts riskieren wollen, in Bewegung kommt, dann gibt es eine Volksbewegung, die man nur unterdrücken kann, wenn man eine übermächtige Polizeimaschine besitzt, und diese besitzt Deutschland nicht . . .[45].«

Bei einem Vortrag in einem Ausbildungskurs des Generalstabes sagte Hauptmann Wilfried Strik-Strikfeldt: »Deutschland stehe vor der Wahl . . . entweder mit oder ohne das Volk zu handeln; im letzteren Falle werde es schon deshalb scheitern, weil es nicht in der Lage sei, das für einen solchen Kurs erforderliche Maß an Kraft aufzubringen[46].« Im Mai 1943 schrieb General Harteneck: »Des weiten russischen Raumes, den wir erobert haben, können wir nur mit dem russischen und ukrainischen Menschen Herr werden, der ihn bewohnt, nie aber gegen ihn[47].«

Dieser Meinungsumschwung ist um so bedeutender, als er in einem diametralen Gegensatz zu der ideologischen Position der nationalsozialistischen Osteuropapolitik stand, in der Osteuropäer als Untermenschen betrachtet wurden; ebenso bedeutend ist diese pragmatische Revision ideologischer Positionen hinsichtlich früherer Pläne, die vorsahen, die Bevölkerung in großen Gebieten des besetzten Territoriums auszurotten.

Vidkun Quisling, Hitlers unbeirrbarer Anhänger in Norwegen, der schon einige Erfahrungen über die Schwierigkeiten des Umganges mit einer trotzig nicht zusammenarbeitenden Bevölkerung hatte sammeln müssen, unterbreitete Hitler Anfang 1944 einen langen Bericht, der ebenfalls die These enthielt, daß Rußland ohne die Unterstützung der Bevölkerung nicht gehalten werden könne.

Bemerkenswerterweise gab Hitler selbst zu, daß »Gewalt« allein nicht ausreicht, unterworfene Völker zu regieren. Im Juni 1943 stellte er fest, daß die deutsche Politik im besetzten Osten so hart sein müsse, daß sie das politische Bewußtsein der Bevölkerung abstumpfe. Er fuhr jedoch fort:

»Die Beherrschung der Menschen in den unterworfenen Gebieten ist, möchte ich geradezu sagen, ein psychologisches Problem. Es ist nicht so, daß man sie nur mit der Gewalt allein beherrschen kann. Gewiß, die Gewalt ist das entscheidende, aber ebenso wichtig ist, möchte ich sagen, dieses psychologische Etwas, das der Tierbändiger auch benötigt, um seiner Tiere Herr zu werden. Sie müssen die Überzeugung besitzen, daß wir Sieger sind . . .[48].«

Was geschieht, wenn die Bürger eines Landes sich trotz dessen Besetzung nicht davon überzeugen lassen, daß sie geschlagen sind? Hitler wäre vielleicht auf diese Schwierigkeit besser vorbereitet gewesen, hätte er die Erfahrungen und Theorien

eines ganz anderen politischen Führers, M. K. Gandhis, mehr beachtet, der fast viereinhalb Jahre zuvor schon zu bedenken gegeben hatte:

»... das Rückgrat einer Politik des Terrorismus bildet die Annahme, daß Terror, wenn er in genügendem Maße angewendet wird, das gewünschte Ergebnis erzielt, nämlich den Gegner nach des Despoten Willen zu beugen. Wir können aber auch annehmen, daß sich ein Volk entschließt, nie den Willen des Despoten zu tun ...[49].«

Auch totalitäre Regime können sich also nicht aus der Abhängigkeit von den Beherrschten befreien.

»Willfährigkeit und Zwang hängen voneinander ab; sie stärken sich gegenseitig, und die wechselnden Proportionen, in denen sie das tun, formen so etwas wie ein kontinuierliches Spektrum ... Totalitäre Macht ist nur stark, wenn man sie nicht zu oft anwenden muß. Wenn totalitäre Macht dauernd gegen die ganze Bevölkerung angewandt werden muß, ist es unwahrscheinlich, daß sie lange mächtig bleibt. Da totalitäre Regime mehr Macht zum Umgang mit ihren Bürgern erfordern als andere Regierungsarten, benötigen sie dringender weitverbreitete und verläßliche Unterwürfigkeitsgewohnheiten in ihrem Volk; darüber hinaus müssen sie im Notfall auf die aktive Unterstützung zumindest bedeutender Teile der Bevölkerung zählen können[50].«

Totalitäre Systeme sind nicht so unerschütterlich und allmächtig, wie ihre Führer und Anhänger behaupten. Sie haben zahlreiche Schwächen, die ihre innere Effizienz, ihren außenpolitischen Einfluß vermindern und überhaupt ihrer Dauerhaftigkeit Grenzen setzen. Einige ihrer Schwächen sollen im folgenden angedeutet werden.

Wenn die totalitäre Ideologie in »reiner« Form erhalten werden soll, gerät sie häufig in Widerspruch zur Staatsräson. Wenn sie sich aber neuem Wissen und neuen politischen Ereignissen anpaßt, wird sie im Laufe der Zeit wahrscheinlich modifiziert. Ökonomische Zwänge können die Manövrierfähigkeit des Regimes begrenzen und dazu beitragen, es auf geregelte, traditionellere Verhaltensweisen festzulegen. Die Begeisterung der Anhänger des Regimes läßt wahrscheinlich nach; Apathie, Enttäuschung und Kritik dürften zu einer Änderung des psychologischen Klimas, in dem das Regime operiert, führen. Wenn sich die Entscheidungsgewalt in wenigen Händen konzentriert und sich gleichzeitig die Zahl der Entscheidungen auf Grund der größeren Kontrolle über die Gesellschaft vervielfacht, führt dies wahrscheinlich zu einem größeren Fehlerrisiko, es sei denn, das Regime entschlösse sich, die Entscheidungsgewalt wieder zu dezentralisieren. Zwischenglieder der Befehlskette gewinnen vielleicht stärkere Unabhängigkeit und die Fähigkeit zur heimlichen Absprache gegen die oberste Führungsschicht. Über die Hierarchie ins Zentrum der Macht weitergeleitete ungenaue oder unvollständige Informationen führen vielleicht zu Entscheidungen, die sich für das Regime verhängnisvoll auswirken. Das Versagen oder die Ungenauigkeit in der Weitergabe zentraler Entscheidungen und Befehle an untergeordnete Beamte und die Bevölkerung und die falsche Interpretation von Befehlen mag deren Durchführung behindern oder verhindern. Wirtschaftliche Probleme führen vielleicht zu politischen Schwierigkeiten oder vergrößern diese. Trotz einem äußeren Bild der Einigkeit können tiefe Konflikte innerhalb der

Regierung, der Partei oder sogar der Führungsspitze bestehen, welche die Fähigkeit zu einmütigem Handeln reduzieren und die Milderung oder Auflösung des Systems erleichtern, so daß untergeordnete Beamte, Behörden, Soldaten und die Polizei Befehle ungenau und ohne volle Wirkung ausführen können.

Viele dieser Schwächen lassen sich darauf zurückführen, daß das Regime auf die Zusammenarbeit, den Gehorsam und die Unterstützung der Bürger angewiesen ist. Wenn einem totalitären System nun solche Schwächen anhaften und es darum auf lange Sicht zur Liberalisierung oder Auflösung tendiert[51], ist es dann möglich, absichtlich Zustände herbeizuführen, welche diese Tendenzen noch fördern? Könnten gewisse Widerstandsmethoden diese Schwächen verstärken? Oder anders ausgedrückt: Gibt es eine Methode, mit der man sich gegen eine aggressive Diktatur verteidigen kann, indem man sie indirekt angreift, man also das System nicht durch eine frontale Attacke gegen seine militärische Macht stützt, sondern es an seinen schwachen Stellen unterminiert und von innen her ändert? Angenommen, es gelänge, solche Verteidigungsmethoden zu entwickeln, dann bestünden immer noch große strategische und taktische Probleme, sie in einer bestimmten Krisensituation einzusetzen. Eine solche Entdeckung würde keinen leichten Weg ohne Gefahren und Leiden zur Lösung des Kriegsproblemes weisen. Aber das sollte kein Grund sein, eine solche Politik nicht in Erwägung zu ziehen.

Die Technik der gewaltlosen Aktion

Wenn die Technik der gewaltlosen Aktion im Vergleich mit anderen politischen Verfahrensweisen wie derjenigen der parlamentarischen Demokratie, des Guerrillakriegs und des konventionellen Kriegs auch immer noch relativ unterentwickelt ist, gibt es für sie doch schon eine eigene politische Theorie und eine Reihe wichtiger praktischer Erfahrungen. Diese Technik bietet die Möglichkeit, daß »das souveräne Volk ... seinen Repräsentanten in Legislative oder Exekutive die Macht wieder abnimmt«[52]. Theoretisch wird dies damit begründet, daß die Herrschenden von denen, die sie beherrschen, abhängig sind und daß eine anhaltende Verweigerung der Zusammenarbeit, des Gehorsams und der Unterordnung zu einer Schwächung des Regimes und möglicherweise zu seinem Zusammenbruch führen kann. Für unsere Problematik ist dabei wichtig, daß diese Theorie nicht nur auf einheimische Diktatoren, sondern auch auf fremde Aggressoren angewandt werden kann.

»Gewaltlose Aktionen« sind Protest-, Widerstands- und Interventionshandlungen, bei denen die Mitglieder einer gewaltlosen Gruppe gewisse Dinge tun oder vorsätzlich nicht tun, ohne dabei physische Gewalt anzuwenden. Sie begehen einerseits Unterlassungshandlungen, d. h. sie weigern sich, dem Herrschaftssystem gemäße Handlungen zu vollziehen, welche die Herrschenden aufgrund von Gewohnheiten oder gesetzlichen Vorschriften von ihnen erwarten; oder sie vollziehen anderseits Einsatzhandlungen, von denen die Herrschenden annehmen, daß sie diese aufgrund von Gewohnheiten oder gesetzlichen Verboten unterlassen; oder die gewaltlosen Aufständischen kombinieren Unterlassungs- und Einsatzhandlungen.

Die Methoden dieser Technik lassen sich in drei Hauptkategorien unterteilen: (1) Bedient die Gruppe sich hauptsächlich symbolischer Mißfallenskundgebungen, spricht man von »gewaltlosem Protest«. Zu dieser Kategorie gehören Demonstrationen, Kundgebungen, Protestmärsche, Autokorsos und Mahnwachen. (2) Bedient die Gruppe sich der Nichtzusammenarbeit, spricht man von »gewaltlosem Widerstand«, da sich die gewaltlose Gruppe hier durch Unterlassungshandlungen der Politik und den Absichten der gegnerischen Gruppe widersetzt. Auf der Kampftechnik der Nichtzusammenarbeit basieren viele Arten von Streiks und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykottaktionen wie auch der zivile Ungehorsam gegen »unmoralische« Gesetze und die Meuterei von Soldaten und Polizei. (3) Versucht die Gruppe durch direkte Einsatzhandlungen neue soziale Verhältnisse zu schaffen, bezeichnet man ihr Verhalten als »gewaltlose Intervention«. Kampftechniken der gewaltlosen Intervention sind Sitzstreiks, die gewaltlose Obstruktion, die gewaltlose Invasion und die Schaffung einer Parallelregierung neben der Regierung des Gegners.

Motiviert wird der gewaltlose Charakter dieser Aktionen religiös, ethisch oder moralisch oder auch nur pragmatisch durch Nützlichkeitserwägungen. Wer die Technik der gewaltlosen Aktion anwendet, muß kein Pazifist sein[53]. Der hochgestochene Anspruch mancher Pazifisten, nur sie könnten gewaltlose Aktionen durchführen, mißachtet einfach historische Tatsachen. In einer überwältigenden Anzahl von Fällen waren sowohl die Teilnehmer als auch die Führer dieser Aktionen keine Pazifisten; häufig haben allerdings pazifistische Gruppen bei der Durchführung dieser Aktionen eine mehr oder weniger wichtige Rolle gespielt[54]. Wer zur gewaltlosen Aktion greift, ist nicht passiv, unterwürfig und feige. Keinesfalls dürfen gewaltlose Aktionen gleichgesetzt werden mit nur verbaler oder rein psychologischer Überzeugungsarbeit. Sie sind Sanktionen und Kampfmittel einer Politik der Stärke. Diese Technik basiert auch nicht notwendig auf der Annahme, daß der Mensch von Natur und im Kern seines Wesens eigentlich »gut« sei. Wie wir schon wiederholt festgestellt haben, läßt sich die Anwendung gewaltsamer Aktionen rein pragmatisch begründen.

Gewaltlose Aktionen wurden von »gewöhnlichen« Leuten erfolgreich praktiziert. Ihr Erfolg hatte nicht zur Voraussetzung, daß der Gegner sich an dieselben Verhaltensnormen und Prinzipien hielt wie die Aufständischen oder daß es zwischen den Parteien des Konflikts wichtige gemeinsame Interessen oder eine starke psychologische Verwandtschaft gab. Gewaltlose Aktionen wurden schon wirkungsvoll gegen Opponenten eingesetzt, die radikal andere Anschauungen und Ziele als die Aufständischen hatten. Sie sind auch nicht auf bestimmte Länder und Kulturen beschränkt; im Westen wie im Osten wurden schon gewaltlose Kampftechniken angewandt[55].

Gewaltlose Aktionen können dazu dienen, ein politisches System zu ändern, zu modifizieren oder ganz zu beseitigen; sie sind aber auch einsetzbar, um Glaubenssätze, soziale Verhaltensmuster, Gesetze, politische Programme und politische Institutionen zu verteidigen. Das Ziel der gewaltlosen Aktionen kann es dabei sein,

die politischen Anschauungen des Gegners zu ändern und ihn dadurch zum Nachgeben zu bewegen; in diesem Falle würde man von einer »Konversionsstrategie« sprechen. Es gibt aber auch eine Strategie des gewaltlosen Zwanges, welche durch Nichtzusammenarbeit die Pläne des Gegners vereitelt, und dies zunächst einmal unabhängig davon, ob der Gegner langfristig sich die politischen Anschauungen der Verteidiger zu eigen macht oder nicht.

Beim Einsatz gewaltloser Kampftechniken wird nicht angenommen, daß der Gegner seinerseits sich auch gewaltlos verhält und nicht zu gewaltsamen Unterdrückungsmethoden greift. Er kann sich gewaltsamer Repressionsmittel bedienen, um in kühler Berechnung die Teilnehmer der gewaltlosen Aktion dadurch einzuschüchtern, oder er kann dasselbe in irrationaler Weise tun, weil er sich durch die gewaltlosen Aktionen frustriert und herausgefordert fühlt. Prinzipiell ist es allerdings möglich, daß beide Seiten nur gewaltlose Aktionen einsetzen; die Kampftechnik wurde jedoch in erster Linie entwickelt, um sie gegen einen Opponenten anzuwenden, der – um seine Position zu erhalten oder auszudehnen, um seine Ziele zu verwirklichen – bereit ist, seine Militär- und Polizeimacht einzusetzen.

Es gibt eine Vielzahl von Beispielen für gewaltlose Aktionen; einige waren erfolgreich, andere schlugen fehl, wieder andere führten zu Teilerfolgen; sorgfältig analysiert, könnten diese Beispiele die politischen Möglichkeiten gewaltloser Aktion bedeutend erhellen. In vielen Fällen wurde die gewaltlose Technik nicht konsequent beibehalten, und es kam zu einzelnen oder einer größeren Anzahl von gewaltsamen Aktionen. Auch diese Fälle sind aufschlußreich.

In Kriegsstudien kann man aus verlorenen Schlachten und erfolglosen Feldzügen lernen, wie in Zukunft ähnliche Fehler zu vermeiden sind und wie man die Schlagkraft erhöhen kann. Ähnliche Studien sind auch bei der gewaltlosen Kampfesweise nützlich. Weitaus die Mehrheit der historischen Beispiele gewaltloser Aktionen kannten keine Vorbereitung. Bis vor kurzem gab es fast keine Studien über die Funktionsweise dieser Technik, und verhältnismäßig wenig Erfahrungen aus vergangenen Kämpfen wurden für gerade aktuelle und zukünftige gewaltlose Kampagnen nutzbar gemacht. Auch unter solch ungünstigen Umständen haben gewaltlose Aktionen schon bedeutende Erfolge erzielt und harte Besatzungsregime und Diktatoren zu Zugeständnissen gezwungen. Man sollte darum untersuchen, ob die gewaltlosen Aktionen sich nicht noch in weiteren Bereichen und mit größerer Wirksamkeit einsetzen ließen.

Die folgende Liste von Beispielen illustriert die große Vielfalt der politischen, kulturellen und geographischen Lagen, in denen gewaltlose Kampftechniken schon angewandt wurden, wobei die Kampfkraft der betreffenden Kampagne entweder ausschließlich oder doch mit einem hohen Anteil auf ihnen basierte:

amerikanische Kolonien, Wirtschaftsboykotte und Steuerverweigerung 1763–1776;
der ungarische passive Widerstand gegen Österreich 1850–1867;
belgische Generalstreiks für weitergehendes Stimmrecht 1893, 1902 und 1913;
finnischer Widerstand gegen russische Herrschaft 1898–1905 (hoher Anteil);
russische Revolution 1905 (hoher Anteil);

chinesische Boykotte gegen Japan 1906, 1908, 1915, 1919;
Südafrika, Kampagnen der indischen Minderheit 1906–1914 und 1946;
samoanischer Widerstand gegen neuseeländische Herrschaft 1919–1936;
Deutschland, Generalstreik und Nichtzusammenarbeit beim Kapp-Putsch 1920;
Ruhrkampf, von der Regierung unterstützter passiver Widerstand gegen französische Besetzung 1923–1925;
indische Unabhängigkeitsbewegung, verschiedene Kampagnen;
dänischer Widerstand 1940–1945 (hoher Anteil), einschließlich Kopenhagener Generalstreik 1944;
norwegischer Widerstand 1940–1945 (hoher Anteil);
holländischer Widerstand (hoher Anteil) einschließlich verschiedener großer Streiks 1940 bis 1945;
Südafrika, Kampagnen der Farbigen 1952 und 1959;
Sowjetunion, Lager für politische Gefangene, verschiedene Streiks, besonders 1953 (hauptsächlich in Workuta);
ostdeutscher Aufstand Juni 1953 (hoher Anteil);
Bürgerrechtsbewegung in den USA, verschiedene Kampagnen und Demonstrationen;
ungarische Revolution 1956 (hoher Anteil);
Johannesburg, Pretoria, Port Elizabeth und Bloemfontein, Afrikaner-Busboykotte 1957;
Kerala-Staat, gewaltloser Widerstand gegen die Erziehungspolitik der gewählten Kommunistischen Partei 1959;
belgischer Generalstreik 1960/61;
Südvietnam, buddhistische Kampagne gegen das Ngo-Regime 1963.

Angesichts der unterschiedlichen Kampfmethoden, Konfliktfälle und Organisationsformen kann man unmöglich sagen, daß gewaltlose Aktionen einen genau bestimmbaren Verlauf nehmen. Einige Grundformen der gewaltlosen Aktion seien jedoch kurz charakterisiert.

Gewaltlose Proteste in Form von Märschen und Mahnwachen sollen rationale Argumente bekräftigen und den Widerstandskämpfern in Verhandlungen mit dem Gegner den Rücken stärken. Die Methoden der Nichtzusammenarbeit können eine zusätzliche Wirkung erzielen. Zwar können auch sie beim Gegner zu einer Änderung seiner politischen Ansichten führen, in erster Linie sollen sie jedoch Druck ausüben, um durch Zwang zu erreichen, was die Überzeugungskraft der Argumente nicht vermochte. Die Nichtzusammenarbeit kann in der Form eines Bus-Boykottes, eines begrenzten Streiks oder eines Generalstreiks, einer Kampagne des zivilen Ungehorsams oder der offenen Befehlsverweigerung von Soldaten erfolgen. Charakteristisch ist für diese Methode immer, daß sie das politische System des Widersachers funktionsunfähig zu machen droht. Natürlich hängt diese Wirkung von der Anzahl der Teilnehmer ab, von der sozialen Bedeutung der verweigerten Handlung und der Dauer des Widerstandes.

Die Methoden der gewaltlosen Intervention gehen über die Verweigerung der erhofften oder befohlenen Zusammenarbeit noch hinaus. Diese Intervention kann in der Form von Sitzstreiks, der gewaltlosen Besetzung gesperrter Gebiete durch eine Menschenmenge oder der Bildung einer Parallelregierung, welche dem be-

kämpften Regime die Autorität streitig macht, erfolgen. Interventionen zwingen den Gegner zu einer Entscheidung und erlauben es ihm nicht, abzuwarten oder auszuweichen.

Im folgenden werden wir von einer strategischen Konzeption ausgehen, die den Nachdruck auf die Methoden der Nichtzusammenarbeit legt mit gelegentlichen Rückgriffen auf die Kampftechnik der gewaltlosen Intervention. Wenn die gewaltlose Aktion dann mit angemessener Teilnehmerzahl gegen verwundbare Stellen im Herrschaftssystem des Gegners eingesetzt wird und wenn sie lange genug dauert (die Zeitdauer wird von Fall zu Fall verschieden sein), ist das Resultat höchstwahrscheinlich eine nicht zu ignorierende Herausforderung an den Gegner. Bestätigt wird diese Hypothese durch ein unerwartetes Ereignis in Berlin im Jahre 1943 anläßlich einer Judenrazzia. Die »arisch versippten« Juden wurden in ein Sondergewahrsam in der Rosenstraße gebracht. Am folgenden Tag erschienen die Frauen der »arischen« Gefangenen in Massen vor dem improvisierten Gefängnis.

»Vergeblich bemühten sich die Beamten der Schutzpolizei, die Demonstrantinnen, etwa sechstausend, abzudrängen und auseinanderzubringen. Immer wieder sammelten sie sich, drängten vor, riefen nach ihren Männern, die sich, strengen Verboten zum Trotz, an den Fenstern zeigten, und forderten Freilassung. Die Pflichten des Arbeitstages unterbrachen die Kundgebungen für Stunden. Aber am Nachmittag war der Platz wieder dicht übersät, und die anklägerischen, fordernden Rufe der Frauen wuchsen mächtig über den Lärm der Straße empor; leidenschaftliche Bekenntnisse zu einer Liebe, die sich in einem Leben der Bitternis gefestigt hatte.

Das Hauptquartier der Gestapo lag in der Burgstraße, unweit des Platzes der Demonstrationen. Ein paar Maschinengewehre hätten die aufständischen Frauen davonfegen können, aber die SS schoß nicht, diesmal nicht. Erschreckt über einen Vorfall, der in der Epoche des Dritten Reiches nicht seinesgleichen hatte, ließ die Burgstraße sich auf Verhandlungen ein. Man beschwichtigte, machte Zusicherungen und gab die Männer schließlich frei[56].«

Wenn der Gegner nicht bereitwillig den Forderungen der Teilnehmer der gewaltlosen Aktion nachgeben will, wird er Sanktionen gegen sie einsetzen müssen, um ihre Aktion zu stoppen und die nötige Zusammenarbeit und Unterordnung zu erhalten. Wie schwer erfolgversprechende Sanktionen sein müssen, hängt von dem Ernst der gewaltlosen Herausforderung ab, von der Bedeutung des anhängigen Streitpunktes, der politischen Lage und der Natur des Gegners.

Repressalien oder andere Gegenmaßnahmen sind in den meisten Situationen zu erwarten. Der Gegner wird wahrscheinlich mit physischer Gewalt drohen oder sie auch anwenden; er wird Widerstandskämpfer gefangennehmen, mißhandeln und vielleicht erschießen lassen. Diese Maßnahmen führen aber nicht unbedingt zur Unterwerfung. Die gewaltlose Aktion ist entwickelt worden, auch gegen Opponenten eingesetzt zu werden, welche die Fähigkeit und den Willen zum Einsatz gewaltsamer Mittel haben. Wenn Sanktionen wirksam sein sollen, müssen sie die Phantasie der Widerstandskämpfer beherrschen und Furcht erzeugen und dadurch erst den Willen zum Gehorsam. Die Todesgefahr oder die Gefahr einer Verletzung sind aber

bei gewaltlosen Aktionen für die Kämpfer nicht mehr und nicht weniger ein Grund zum Rückzug als auf dem Schlachtfeld. Wenn die Teilnehmer der gewaltlosen Aktion gewillt sind, den Preis des Widerstandes zu bezahlen, werden die Repressalien nicht die gewünschte Unterwerfung erzielen. Internierungen und ausgewählte Repressalien können sogar den Widerstandsgeist verstärken, wie dies zum Beispiel in Norwegen während der Zeit der deutschen Besetzung der Fall war. Dies zeigte sich, als alle Lehrer gezwungen werden sollten, einer »Korporation« beizutreten, die unter der Leitung der norwegischen Gestapo stehen sollte.

»Die Untergrundbewegung appellierte an die Lehrer, Widerstand zu leisten durch Schreiben an Quislings Erziehungsministerium. Darin sollten sie erklären, daß sie die Kinder nicht in faschistischem Geiste erziehen wollten und daß sie sich nicht als Mitglieder der neuen Lehrerorganisation betrachten würden.

Zwischen 8 000 und 10 000 der 12 000 Lehrer des Landes schrieben solche Briefe; jeder unterschrieb mit Namen und Adresse die Vorlage der Untergrundorganisation.

Nachdem sie mit Entlassungen gedroht hatte, schloß die Quisling-Regierung alle Schulen für einen Monat. Die Lehrer hielten nun in Privathäusern Unterricht. Trotz der Zensur verbreitete sich die Neuigkeit von dem Widerstand. Zehntausende von Protestbriefe der Eltern ergossen sich in die Regierungsbüros.

Nach Verstreichen der Frist zum Einlenken wurden ungefähr 1 000 Lehrer verhaftet und in Konzentrationslager geschickt. Die Kinder sangen auf den Bahnhöfen, als Viehwaggons mit den Lehrern vorbeifuhren.

In den Lagern suchte die Gestapo die Lehrer durch Terror einzuschüchtern. Auf Hungerrationen gesetzt, mußten die Lehrer ›Foltergymnastik‹ im tiefen Schnee durchstehen. Nur wenige gaben nach. Als der Widerstand ungebrochen blieb, ging die ›Behandlung‹ weiter.

Als die Schulen wieder geöffnet wurden, sagten die verschont gebliebenen Lehrer ihren Schülern, daß ihr Gewissen es ihnen verbiete, Mitglied der neuen Lehrerorganisation zu werden.

Gerüchte wurden verbreitet, daß einige oder alle der Verhafteten auf irgendeine Weise umkommen würden, wenn die noch arbeitenden Lehrer nicht nachgeben würden. Die Lehrer standen fest.

Dann wurden die gefangenen Lehrer in Viehzügen und auf überfüllten Dampfern in den hohen Norden zu einem Lager nahe bei Kirkenes gebracht ... Ihr Leiden stärkte die Moral der Heimatfront und stellte Quisling und seine Helfer dauernd vor neue Probleme. Bei einer Gelegenheit tobte Quisling gegen die Lehrer einer Schule bei Oslo und schloß: ›Ihr Lehrer habt mir alles verdorben!‹

Aus Angst, die Norweger noch weiter von seinem Regime zu entfremden, befahl Quisling schließlich die Freilassung der Lehrer. Acht Monate nach den Verhaftungen kehrten auch die letzten Lehrer nach Hause zurück und wurden dort triumphal empfangen[57].«

Im allgemeinen gilt es als sicher, daß der Sieg unvermeidlich dem zufällt, der über die größte militärische Macht verfügt. Es scheint unglaublich, daß Bürger ohne militärische Bewaffnung einem Gegner entgegentreten können, der willens und fähig ist, Gewalt einzusetzen, um seine Ziele zu erreichen.

Tatsächlich kann der Gegner jedoch die Feststellung machen, daß gewaltlose Aktionen schwerer zu fassen und zu überwinden sind als offene Gewalt. Einmal ist es schwer, den Einsatz vergeltender Gewalt gegen gewaltlose Widerstandskämpfer

zu rechtfertigen. Zum anderen kann solche Gewalt auch das Gegenteil erreichen: die Stellung des Gegners schwächen und die Widerstandskämpfer stärken.

Durch Gewaltanwendung gegen gewaltlose Bürger kann sich das herrschende Regime die Öffentlichkeit und selbst die eigenen Anhänger und Beamten entfremden; anfängliche Mißstimmung kann zu interner Opposition führen und manchmal zu Nichtzusammenarbeit und Ungehorsam. Wenn der Gegendruck des Widersachers die Teilnehmer an gewaltlosen Aktionen bedeutend anwachsen läßt und vielleicht auch zu Aktionen wie Streiks, Massenungehorsam und Truppenmeuterei in den eigenen Reihen des Gegners führt, haben die Repressalien eine Bumerangwirkung gezeitigt.

Außerdem ist es nie sicher, ob es durch Repressalien gelingt, den Widerstandswillen zu brechen. An die Stelle gefangener Führer können Ersatzleute treten, die schon vorher bestimmt wurden oder die sich nun spontan zur Stelle melden. Viele Aktionen können auch ohne erkennbare Führung fortgesetzt werden. Der Gegner kann neue Handlungen für illegal erklären, nur um zu entdecken, daß er damit dem Aufruhr wieder neue Möglichkeiten eröffnet hat. Während er versuchte, die Rebellen an gewissen Punkten zurückzudrängen, kann es sein, daß diese neue Kräfte sammeln, um an einer neuen Front anzugreifen. Schließlich müßte sich der Gegner eingestehen, daß seine massiven Repressalien weder Zusammenarbeit noch Gehorsam, weder die Unterwerfung noch einen Rückzug erzwingen konnten. In extremen Fällen kann vielleicht sogar der Aufruhr der Massen die Unterdrückungsmaschinerie selbst blockieren. Wenn die Polizei sich riesigen Menschenmassen gegenübersieht, gibt sie vielleicht den Kampf auf. Auch Beamte danken ab, und Truppen meutern.

Es sei hier aber nachdrücklich darauf hingewiesen, daß eine solche Situation nicht herbeigeführt werden kann, wenn die Ziele der Rebellen nicht die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung haben und wenn die Widerstandskämpfer und die Bevölkerung nicht willens sind, den Preis zu bezahlen.

Es gab Situationen in der Vergangenheit, in denen der kühne Massenwiderstand der Bevölkerung Regierungen machtlos machte. Eine lebendige Illustration ist der Militärputsch von Kapp und Lüttwitz im Jahre 1920, der die junge Weimarer Republik nicht stürzen konnte.

Die Konzeption der sozialen Verteidigung

In der Vergangenheit haben häufig oppositionelle Minderheiten oder auch Mehrheiten zur gewaltlosen Aktion gegriffen, um soziale Wandlungen zu erreichen. Umgekehrt ist es bei der Konzeption der sozialen Verteidigung (*civilian defense*); hier sollen mit gewaltlosen Aktionen die als befriedigend empfundenen sozialen Verhältnisse und die verfassungsmäßigen Regelungen für den politischen und sozialen Wandel gegen irgendwelche Usurpatoren verteidigt werden.

Die Konzeption der sozialen Verteidigung wird durch drei Merkmale gekennzeichnet. Erstens soll die soziale Verteidigung im Rahmen der bestehenden innen- und außenpolitischen Beziehungen funktionieren – was nicht ausschließt, daß die

Umstellung auf diese Verteidigungsform zu bedeutsamen Änderungen in den internationalen Beziehungen führen würde. Zweitens ist sie eine zivile und soziale und keine militärische und territoriale Form der Verteidigung. Auf einen militärischen Angriff würde mit den nichtmilitärischen Sanktionen der Mißachtung und der Nichtzusammenarbeit mit den Usurpatoren geantwortet. Die derzeitigen Angehörigen von Verteidigungsstreitkräften könnten in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger sich gleichfalls dieser Verteidigungsform bedienen; sie würden dann aber ihre militärischen Verteidigungsmittel durch zivile ersetzen. Drittens wird die soziale Verteidigung von der Gesamtheit der Zivilbevölkerung selbst getragen und nicht von einer separaten Organisation im Auftrage der Bevölkerung. Im Ernstfall würde der Erfolg dieser Verteidigungsform in sehr viel stärkerem Maße als bei der militärischen Verteidigung davon abhängen, ob die Bürger sich mit ihrer Gesellschaft bewußt identifizieren und für ihre politischen Freiheiten zu freiwilligen Opfern bereit sind.

Da der Träger der sozialen Verteidigung die Mehrheit der Zivilbevölkerung sein muß, ist es kaum vorstellbar, daß die Einführung der sozialen Verteidigung in einem Lande anders als auf demokratischem Weg erfolgen würde.

Der Regierungsapparat und seine Hilfsmittel wären dann für die umfangreichen Vorbereitungen auf die neue Verteidigungsform verfügbar und stünden zur Mithilfe während der Übergangsphase bereit.

Zwischen sozialer und militärischer Verteidigung bestehen zwei wichtige Unterschiede. Der erste Unterschied ist, daß die soziale Verteidigung nicht nur der Abwehr von Invasionen dient, sondern auch dem Widerstand gegen Staatsstreiche, welche mit oder ohne äußere Ermutigung und Hilfe eine verfassungsmäßige demokratische Regierung beseitigen wollen. Schon viele parlamentarische Regime sind durch solche Staatsstreiche ihres Amtes enthoben worden; doch abgesehen vom Mittel des improvisierten Bürgerkriegs gab es im Grunde genommen keine Verteidigungsmöglichkeit gegen solche Vorfälle, wenn die Armee wie so oft den Staatsstreich führte oder unterstützte. Die soziale Verteidigung würde nun einerseits das Militär als potentielle innenpolitische Gefahr beseitigen, und andererseits könnte die erweiterte Verteidigungskapazität der Bürger vor Staatsstreichen abschrecken, und es bestünde auch nach der Abschaffung einer stehenden Armee kaum eine Gefahr, daß kleine Extremistengruppen mit Gewalt die Staatsführung an sich reißen würden. Der zweite Unterschied zur militärischen Verteidigung ist, daß die soziale Verteidigung geographische Grenzen oder die territoriale Integrität als solche nicht schützen kann, was die militärische Verteidigung zu tun beansprucht, obwohl sie es heute in der Regel auch nicht mehr vermag. Mit der Hartschaligkeit von Territorialstaaten ist es seit der Erfindung nuklearer Fernlenkwaffen vermutlich endgültig vorbei, und auch vor Guerillas kann eine Armee ein Land nicht durch die Verteidigung der Grenzen schützen.

Die soziale Verteidigung hat ein defensives und ein offensives Ziel. Einerseits soll sie den Gegner hindern, das besetzte Land unter seine Kontrolle zu bekommen, und anderseits soll sie in dem Land der Invasoren die innere Opposition mobilisieren.

Der erfolgreiche Abschluß einer Kampagne der sozialen Verteidigung wäre im Abzug der Invasoren zu sehen und nach Möglichkeit in dem revolutionären Sturz oder der Liberalisierung des Regimes der Invasoren in ihrem eigenen Land. Wahrscheinlich wären die Verluste an Menschen und Material in einem solchen sozialen Verteidigungskrieg bedeutend geringer als selbst in einem konventionellen Krieg.

Soziale Verteidigung als Abschreckung

Jede Regierung wird gewöhnlich vor einer Invasion eine Reihe von Überlegungen anstellen. Sie wird nach dem Schwierigkeitsgrad der Invasion und der Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes fragen; sie wird den voraussichtlichen Gewinn der Invasion in Relation setzen zu den wirtschaftlichen, politischen, ideologischen, militärischen und sonstigen Kosten. Wenn die Invasion nicht irrational motiviert oder eine Folge politischen Glücksritter- und Abenteurertums ist, wird die sichere Aussicht auf Verluste, welche die erwarteten Gewinne übersteigen, potentielle Invasoren vermutlich entmutigen und abschrecken.

Stellt nun aber wirklich nur eine starke militärische Verteidigungskapazität eine wirkungsvolle Abschreckung dar?

Eine Invasion ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Weg, einen größeren Zweck zu erreichen, der die Besetzung des Landes erfordert. Wenn jedoch auf Grund der sozialen Verteidigung eine erfolgreiche Invasion ungeheure Schwierigkeiten bei der Besetzung und Kontrolle des überrannten Landes und seiner Bevölkerung nach sich zieht, wirkt sie nicht weniger abschreckend als die militärische Verteidigungsbereitschaft. Die umfassende Kontrolle eines großen Landes ist sogar ein schwieriges Problem, ohne daß dieses auf den Widerstand vorbereitet ist[58].

Verteidigung der Freiheit

Eine Umstellung der Verteidigungspolitik und die Vorbereitung auf die soziale Verteidigung würden eine sorgfältige Prüfung der Grundsätze, Eigenschaften und Institutionen der Gesellschaft erfordern, die der Verteidigung wert erachtet werden. Ein umfassendes Verständnis der demokratischen Prinzipien und Institutionen, ihre Klarstellung und eine feste Bindung an sie wären wichtige Vorstufen der Umrüstung auf die soziale Verteidigung[59].

Während jedoch die Motivationen und Ziele der Verteidigung sich wandeln werden und laufend weiterentwickelt werden müssen, gibt es gewisse Minimalprinzipien, in denen eine allgemeine Einigung möglich sein sollte. Die Formulierung, die Arne Naess im Blick auf die Verteidigung Norwegens angeboten hat, mag in modifizierter Form auch als Grundlage für eine Beschreibung der Motive und Ziele der Verteidigung anderer Länder dienen. »Norwegen heute zu verteidigen heißt unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit zu verteidigen, d. h. die Möglichkeit, unser Leben im Rahmen der norwegischen gesellschaftlichen Traditionen und Kulturen formen und diese ändern zu können, wie wir wollen. Das bedeutet, eine Lebensart

gegen alle äußeren Kräfte zu verteidigen, die sie ohne unsere Zustimmung ändern wollen[60].«

Eines der Grundprinzipien beim Kampf gegen Invasionen und Staatsstreiche ist, daß die Verteidigung in der Verantwortung der Bürger selbst ruhen muß. Die soziale Verteidigung beruht auf dem alten Grundsatz, daß der Preis der Freiheit die ewige Wachsamkeit und persönliche Einsatzbereitschaft der Bürger ist.

In der Schweiz fand und findet dieser Grundsatz seinen symbolischen Ausdruck darin, daß der Schweizer Bürger sein Gewehr im Hause hat und zum Teil noch über dem Kamin aufhängt, oder in den Vereinigten Staaten in dem verfassungsmäßigen »Recht, Waffen zu tragen«. Nach Ansicht von Carl J. Friedrich haben jedoch die technischen Entwicklungen (in erster Linie in der modernen Waffentechnik) diesem Recht die praktische Bedeutung genommen[61]. Indem die soziale Verteidigung sich gewaltloser Kampfmethoden bedient, die keiner militärischen Apparatur bedürfen, gibt sie dem Einzelkämpfer seine frühere Rolle bei der Verteidigung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zurück. Im Rahmen der sozialen Verteidigung hört die »ewige Wachsamkeit« auf, ein romantischer Wahlspruch aus einem früheren Zeitalter zu sein, und wird zum fundamentalen Prinzip, auf dem die ganze Verteidigungspolitik aufgebaut wird.

Vorbereitungen auf die soziale Verteidigung

Es ist zwar nie leicht, aber doch einfacher, einer Diktatur Widerstand zu leisten, während sie sich noch zu etablieren sucht, als nachher, wenn ihr dies schon gelungen ist. Nach Ansicht von George F. Kennan kann ein totalitäres Regime nur in einer bestimmten psychologischen Situation sich durchsetzen: »Für eine Machtergreifung sind ein gewisses Ausmaß an Verwirrung und Passivität der Massen erforderlich[62].« Das Ziel umfangreicher Vorbereitungen und Manöver für die soziale Verteidigung wird es nun sein, gerade diesen Zustand der Verwirrung und Passivität zu verhindern. Der Usurpator soll auf eine Bevölkerung stoßen, die darauf vorbereitet ist, für ihre Freiheit zu kämpfen. Je nach der Brauchbarkeit solcher Vorbereitungen und der Wirksamkeit, mit welcher der Kampf geführt wird, werden die Invasoren oder die einheimischen Usurpatoren vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe stehen, wenn sie ihre Herrschaft aufrichten und konsolidieren wollen.

Entschließt sich ein Land für die Umrüstung auf die soziale Verteidigung, erfordert dies sowohl allgemeine als auch spezielle Vorbereitungen. Da wahrscheinlich kein Land die militärische Verteidigungsfähigkeit aufgibt, bevor es Vertrauen in eine alternative Verteidigungspolitik hat und darauf vorbereitet ist, sie anzuwenden, würden diese Vorbereitungen für einige Zeit parallel mit weiteren militärischen Verteidigungsanstrengungen durchgeführt werden. Wegen ihrer verschiedenen Natur würden beide Verfahren wahrscheinlich verschiedene Institutionen erfordern; während der Übergangsperiode brauchte man für beide Personal und Geld.

Detaillierte Betrachtungen der einzelnen Vorbereitungen auf die soziale Verteidigung können im Rahmen dieses Artikels nicht angestellt werden. Die im folgenden

skizzierten Vorbereitungstypen sollen das umfangreiche Programm nur andeuten, das entworfen werden müßte[63].

Das erste Erfordernis wäre ein großes Bildungsprogramm, das die gesamte Bevölkerung über die neue Verteidigungskonzeption informieren würde. Als Träger dieses Bildungsprogrammes kämen neben den Behörden in Bund, Ländern und Gemeinden auch viele unabhängige Institutionen, wie Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, in Frage. Die Bevölkerung würde auf diese Weise mit den Grundzügen der neuen Politik bekanntgemacht.

Neben dieser Grundausbildung könnten besondere Berufsgruppen und zu Führungsaufgaben bereite Bürger ein Spezialtraining erfahren. In diesen speziellen Trainingsformen würde es eine umfangreiche Variationsskala geben. Diese würde reichen vom örtlichen Koordinator der Widerstandsmaßnahmen bis zu hochspezialisierten Führungskräften, die auf einem zivilen Gegenstück zu der Militärakademie in West Point ausgebildet werden könnten.

Von Spezialisten der sozialen Verteidigung könnte die Initiative zu Widerstandsaktionen ausgehen, besonders am Anfang einer Besetzung oder eines Staatsstreiches, wenn die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sich noch unschlüssig ist. Sie könnten in besonderen Situationen als Spezialkader für außergewöhnlich gefährliche Aufgaben dienen. Sie können und sollen jedoch nicht den Widerstand für die gesamte Bevölkerung leisten. Die Verantwortung für den Hauptteil der Verteidigungsmaßnahmen sollte auf der Bürgerschaft lasten. Die Rolle der Spezialisten sollte hauptsächlich darin bestehen, beim Einüben und beim Einsatz der ersten Widerstandsmaßnahmen zu helfen. Es mag äußerst wünschenswert sein, einige Spezialisten im Hintergrund zu halten, um die späteren Stufen des Widerstandes zu führen. Im allgemeinen werden die Führer jedoch unter den ersten Gefangenen sein oder unter denen, die als erste die Repressalien des Usurpators zu spüren bekommen; die Bevölkerung wird daher in der Lage sein müssen, die sozialen Verteidigungsmaßnahmen aus eigener Initiative weiterzuführen.

»Kriegsspiele« der sozialen Verteidigung und Verteidigungsmanöver als Teil der Vorbereitungen wurden von Theodor Ebert vorgeschlagen[64]. Solche Kriegsspiele würden den Spezialisten eine Möglichkeit geben, den Wert vorgeschlagener alternativer Strategien und Taktiken gegenüber vielen Bedrohungsarten zu prüfen. Manöver in Wohnvierteln oder Fabriken bis zu Manövern in Städten, in Teilen des Landes oder sogar im ganzen Staatsgebiet könnten dazu dienen, die Bevölkerung ein wenig mit der praktischen Anwendung der Prinzipien der sozialen Verteidigung vertraut zu machen. Solche Übungen helfen, die Unsicherheit und Bestürzung zu vermeiden, die so oft ein Volk ergreift, wenn ein Staatsstreich oder eine Invasion das Land bedroht; sie würden das sofortige Einsetzen des Widerstandes mit einem Maximum an Entschlossenheit und Einigkeit erleichtern.

Zu den Vorbereitungen zur sozialen Verteidigung gehört auch die dauernde Bemühung, die sozialen Verhältnisse zu verbessern. Je mehr die Gesellschaft der Verteidigung wert ist, desto kräftiger wird diese ausfallen. Ungerecht behandelte und entfremdete Teile der Bevölkerung können ein ernstes Hindernis für den Erfolg

bilden. Da bei der sozialen Verteidigung die Verteilung der Macht und der Verantwortung wichtig ist, könnten Reformen, die solchen Gruppen ein Gefühl des Teilhabens an der Gemeinschaft geben und die Ungerechtigkeiten beseitigen, ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie wie zur Erhöhung des Verteidigungspotentials sein[65].

Zur sozialen Verteidigung gehören auch technische Vorbereitungen. Es wäre z. B. äußerst wünschenswert, daß die Bevölkerung Ausrüstungen erhält, welche Information und Kommunikation ermöglichen, nachdem der Feind die Schlüsselzentren besetzt hat und Zeitungen, Sender und andere Massenmedien in Besitz genommen hat. Druck- und Vervielfältigungsausrüstungen für Untergrundzeitungen und Widerstandsflugblätter sollten nebst Sendeausstattungen vorher in unkontrollierbaren Mengen unter der Bevölkerung verteilt werden. Wenn große Lager entdeckt und beschlagnahmt werden, sollten immer noch ausreichende verstreute Materialien vorhanden sein, um der Propaganda des Feindes entgegenzuwirken und Instruktionen für den Widerstand verteilen zu können. Vielleicht läßt es sich auch im Rahmen eines Beistandspaktes arrangieren, daß Sendestationen oder Druckereien auf dem Territorium eines befreundeten Nachbarstaates installiert werden. Da ein Feind versuchen kann, die Unterwerfung durch Aushungern der Bevölkerung zu erzwingen, und da gewisse Widerstandsmethoden (wie der Generalstreik) die Lebensmittelverteilung unterbrechen würden, sollten Notrationen örtlich gelagert werden. Andere Wege zur Versorgung mit Brennstoff und Wasser während Notzeiten müßten auch gesucht werden. Bei besonderen Krisenfällen wären eventuell Pläne zu erwägen, Großteile der Bevölkerung von Großstädten in ländliche Gebiete zu evakuieren, die schwieriger kontrolliert werden könnten.

Der gegenwärtige Stand der Forschung erlaubt keine präzisen Aussagen darüber, mit welchen Maßnahmen die Regierung eine Politik der sozialen Verteidigung am besten vorbereiten und organisieren würde. Ein Ministerium für die soziale Verteidigung wäre möglicherweise zu bilden, das die Führung und Koordination der Verteidigungsanstrengungen übernimmt.

Ganze Pakete von Gesetzen zur Übernahme und Durchführung der sozialen Verteidigung und der daraus erwachsenden Aufgaben für die Bürger usw. wären wahrscheinlich nötig[66].

Überwindung des Gegners

Die Strategen und anderen Experten dieses Ministeriums hätten die vornehmliche Pflicht, eine Vielzahl möglicher Strategien und Taktiken gegen alle denkbaren Formen der Usurpation zu erwägen. Es gibt keine Patentstrategie; das zweckmäßigste Vorgehen müßte im Einzelfall auf die Art des Feindes und seine Ziele abgestimmt werden. Alle gegenwärtig und zukünftig möglichen Drohungen und Usurpationsziele müßten daher sorgfältig erforscht und die angemessenen Verteidigungsstrategien entwickelt werden. Während alle Eventualitäten durchdacht und vorbereitet werden sollten, ist der genaue Lauf der Dinge jedoch äußerst schwierig vorherzusagen. Es müßte daher auch für Flexibilität und Improvisationsmöglichkeiten in unerwarteten Situationen vorgesorgt werden.

Die ersten Reaktionen auf den Versuch einer Usurpation bestimmen, wie die Stimmung und das Verhaltensmuster sich in späteren Abschnitten des Kampfes entwickeln. Die Haltung, welche die Bevölkerung zu der Invasion oder dem Staatsstreich einnimmt, ist entscheidend. War die Besetzung des Landes die Konsequenz einer militärischen Niederlage, so reagierte die Bevölkerung bislang meist mit Bestürzung, Verwirrung und Hoffnungslosigkeit. Wenn die militärischen Verteidigungsbemühungen versagt haben und die Bevölkerung nun selbst sehen muß, wie sie zurechtkommt, entsteht meist eine psychologische Situation, in der Hitler die notwendige Bedingung erfolgreicher Besatzungspolitik sah: Das Volk der besetzten Gebiete muß die Niederlage zugeben und das Besatzungsregime als das eines Eroberers und Meisters anerkennen. Bei einer Politik der sozialen Verteidigung wäre aber eine völlig andere Lage gegeben. Das Land wäre noch nicht geschlagen und seine Verteidigungsfähigkeit noch nicht erschöpft; seine Kampfkraft hätte die Prüfung in der ersten Schlacht noch vor sich. Die Bürgerschaft wäre sich aufgrund ihrer Ausbildung darüber im klaren, daß die Verteilung der Soldaten und Funktionäre des Gegners im ganzen Land noch keine Niederlage bedeutet, sondern nur einmal die Voraussetzung für einen längeren Kampf auf kurze Distanz schaffe. Es mag in diesem Kampf zu Rückschlägen und Niederlagen kommen; diese müssen jedoch nicht notwendig zur Akzeptierung der Usurpation führen, sondern können eine Periode des Sammelns und der Umgruppierung der Kräfte einleiten. Man muß in der sozialen Verteidigung keine weißen Fahnen hissen.

Obwohl die soziale Verteidigung keine geographischen Grenzen schützen kann, bedeutet das nicht, daß beim Beginn einer Invasion an den Grenzen nichts unternommen werden kann. Der Truppenaufmarsch läßt sich eventuell verzögern durch Behinderungen an den Häfen, wenn große Truppenteile zu Wasser eintreffen, das Eisenbahnnetz läßt sich stillegen, und Autobahnen und Straßen lassen sich mit Tausenden von quer über die Fahrbahn geparkten Automobilen blockieren. Solche Handlungen werden auch den einzelnen Soldaten klarmachen, daß die eigene Propaganda sie fehlinformierte und daß die Bevölkerung keineswegs ihren Schutz gegen die Bedrohung durch eine dritte Macht wünscht. Andere mehr symbolische Widerstandsaktionen mit hauptsächlich psychologischer Absicht können durchgeführt werden, um so früh wie möglich eine unmißverständliche Widerstandshaltung zu schaffen. Ein solches Vorgehen würde einem doppelten Zweck dienen: a) Es würde dem eindringenden Regime, seinen Funktionären und Truppen zeigen, daß dem Versuch, das Land zu besetzen und es unter Kontrolle zu bekommen, ein entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden wird. b) Diese Handlungen würden die Moral und das Verhalten der Gesamtbevölkerung beeinflussen; eine Periode des untätigen Abwartens, während dessen sich Unterwerfung und Zusammenarbeit ausbreiten könnten auf Grund des Fehlens einer vernehmlichen Opposition, würde so vermieden.

Wie schon vorher angedeutet, wird es wichtig sein, die Truppen des Gegners zu beeinflussen. Als erstes müssen sie über die Tatsache des Widerstandes informiert werden, als zweites jedoch darüber, daß ihnen von diesem gewaltlosen Widerstand

her keine Gefahr droht. Wenn die Soldaten dies wissen, werden sie eher bereit sein, unauffällig der Widerstand leistenden Bevölkerung entgegenzukommen. Wenn sie sicher sind, daß sie keine Ziele für Heckenschützen und Plastikbomben abgeben, werden sie weniger zur Anwendung von brutalem Druck und in Krisensituationen eher zur Meuterei geneigt sein. Radiosendungen, Flugblätter und persönliche Gespräche (vorzugsweise in des Soldaten eigener Sprache) können diesem Zweck dienen. Erwägenswert wären auch Demonstrationen an der Grenze oder an anderen Punkten, an denen man den Einzug von Truppen erwartet; man sollte sich aber ihrer begrenzten Bedeutung bewußt sein. Weitere Aktionen, die sich für den Auftakt einer Kampagne der sozialen Verteidigung eignen, sind z. B. das Tragen schwarzer Kleidung durch die ganze Bevölkerung, das Zuhausebleiben während eines oder mehrerer Tage, ein Generalstreik von kurzer vorher bestimmter Dauer oder die Übertretung von Ausgehverboten durch Massen von Leuten, welche die Straßen überfluten und mit den einzelnen Soldaten Kontakt aufzunehmen suchen, sie zu einem Besuch in ihre Häuser bitten und in sie dringen, nicht an die Propaganda ihres Regimes zu glauben.

Es ist hier nicht der Punkt, detaillierte Widerstandsvorschläge für besondere Konfliktsituationen zu machen oder alle Varianten einer Strategie der sozialen Verteidigung zu untersuchen. Keine Situation gleicht einer anderen völlig. Es erfordert sorgfältige Untersuchung und Planung, um die Strategie und Taktik zu ermitteln, die in einem Konflikt am ehesten Erfolg verspricht. Das Durchdenken der allgemeinen Prinzipien der sozialen Verteidigungsstrategie ist eine große Aufgabe, die aus verschiedenen Gründen umfassender und schwieriger sein kann als die militärische Strategie. Die ganze Bevölkerung und alle Institutionen der Gesellschaft sind potentiell direkt in den Kampf selbst verwickelt; in einem gewaltlosen Krieg ist der Kriegsschauplatz nicht auf geographische Frontlinien oder ausländische Ziele beschränkt. Der Kriegsschauplatz umschließt das ganze Land. Dazu kommt die Welt als das internationale Operationsgebiet, in dem nichtmilitärische, diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung gegen die Invasoren gesucht wird, und schließlich auch das Heimatland der Invasoren, in dem die einheimische Opposition gegen ihr aggressives Regime ermutigt werden sollte[67].

Solange die Bürger fest bleiben und sich weigern, mit dem Usurpator zusammenzuarbeiten und zu gehorchen, haben sie die wirkliche Macht inne. »Denn der Despot hat nur die Macht, uns das aufzubürden, dem zu widerstehen uns die Kraft fehlt[68].« Ein Diktator ist nicht weniger auf die Kooperation der Bürger angewiesen als jeder andere Regierungschef. Wenn die Quellen seiner Macht durch die Nichtzusammenarbeit und den Ungehorsam der Bevölkerung verstopft werden können, wird auch er nicht fähig sein, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Wenn es dem Gegner nicht gelingt, sich das besetzte Land gefügig zu machen und seine gesellschaftlichen Institutionen zu zerstören, würde das zeigen, daß die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft erhalten geblieben ist; das Geschick, mit dem sie das fertiggebracht hat, ist vielleicht erst mit ihrer Kampferfahrung gewachsen. Daneben würde das durch den demokratischen Widerstand geschaffene psycholo-

gische Klima wie ein ansteckender Virus Unsicherheit und oppositionelle Meinungen unter den Soldaten und Funktionären der Besatzungsmacht erzeugen oder vergrößern. Auch der internationale Druck ist vielleicht durch den Gang der Ereignisse und den offensichtlichen Widerstandswillen der Verteidiger gestärkt worden. Der Usurpator wird möglicherweise erkennen, daß er nicht nur der Opposition der Weltmeinung entgegenblickt, sondern auch ernsten diplomatischen Druck und Wirtschaftsembargos bei wichtigen Rohmaterialien und Fertigwaren aushalten muß. In solch einer Lage führen Repressalien nur zu verstärktem Widerstand – je größer die Repressalien, desto größer der Widerstand. Die einfache numerische Multiplikation von nichtzusammenarbeitenden und ungehorsamen Bürgern kann so den potentiellen Despoten besiegen und eine Wiederherstellung der Freiheit herbeiführen, die im Widerstand qualitativ gesteigert wurde und nun noch bewußter, vitaler und dauerhafter sein wird. Der anfängliche Scheinerfolg der ersten Phasen der Invasion oder des Staatsstreiches kann so zur Fata Morgana ohne politische Realität werden.

SOZIALE VERTEIDIGUNG UND WELTFRIEDE

Welchen Beitrag leistet die Umrüstung auf die soziale Verteidigung zur Abschaffung des Krieges? Wo wird die Umrüstung auf den größten Widerstand treffen? Können ein einzelnes oder einige wenige Länder sich im Alleingang auf soziale Verteidigung umstellen, und welche Wirkung hätte dies auf die internationale Politik? Wie kann die soziale Verteidigung eine Hauptrolle bei der Abschaffung des Krieges in einem globalen Rahmen spielen, wenn sie doch als funktionierende alternative Verteidigungspolitik in einer Welt konzipiert worden ist, in der die meisten Länder immer noch ihre militärische Kapazität aufrechterhalten und in der eine zwischennationale Aggression immer noch möglich ist?

Keine Verteidigungspolitik, sei sie militärisch oder sozial, operiert in einem Vakuum. Sie beeinflußt die Außenpolitik des Landes und wird von dieser beeinflußt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Erfordernisse der militärischen Verteidigung der Außenpolitik eines Landes Fesseln anlegen und daß die friedlichen Absichten eines hochgerüsteten Landes immer mit Mißtrauen betrachtet werden. Die Umrüstung auf soziale Verteidigung wirft diese Fesseln ab und erleichtert die Wahl und Durchführung einer Politik, die mit der demokratischen Grundordnung des betreffenden Landes und mit den Bedingungen, die zum Weltfrieden führen, harmoniert. Die soziale Verteidigung ist kein Allheilmittel, das die diplomatischen Mittel der Friedenssicherung unnötig machen würde, sondern soll als ein Anreiz für solch eine Politik wirken. Die Außenpolitik eines Landes mit einer sozialen Verteidigung wäre daher keineswegs isolationistisch. Das Land würde weiterhin an einer Vielzahl internationaler Aktivitäten und Organisationen teilnehmen und sich mit den Konfliktursachen sowie mit den tatsächlichen Ausbrüchen von gewaltsamen Feindseligkeiten befassen.

Die soziale Verteidigung könnte zur Reduzierung von internationalen Spannun-

gen einen bedeutenden Beitrag leisten. Sie macht der Furcht und dem Mißtrauen, welche die militärischen Verteidigungsvorbereitungen oft erwecken, ein Ende. Militärische Verteidigungsmittel sind eindeutig defensiv, und es besteht immer der Verdacht, daß sie auch zur Aggression verwendet werden. Da die soziale Verteidigung keine Möglichkeit zum Präventivkrieg oder zur Aggression bietet, werden für die Nachbarn eines solchen Landes die vom Aufbau militärischer Verteidigungsstreitkräfte verursachten Ängste gegenstandslos. Der unmißverständliche Hinweis auf die friedlichen Absichten des eigenen Staates ist selbst ein Beitrag zum internationalen Frieden.

Die soziale Verteidigung kann aber auch direkt zur Abschaffung des Krieges beitragen. Sie liefert ein politisches Äquivalent zur militärischen Verteidigung, das sofort verfügbar und nicht wie die allgemeine Abrüstung oder die Weltregierung von einer vorhergehenden Transformation der menschlichen Gesellschaft abhängig ist. Sowohl der Abschreckungseffekt der sozialen Verteidigung als auch ihre Attraktivität für die Länder, welche sich immer noch auf einen traditionellen Militärapparat verlassen, würden teilweise von der Fähigkeit abhängen, klarzustellen, daß diese Politik weder eine Nebeldecke zum Verhüllen geheimer Waffen noch ein Eingeständnis der Hilflosigkeit ist. Zur sozialen Verteidigung müßte daher ein internationales Informationsprogramm gehören, das die Natur und die Möglichkeit der sozialen Verteidigung aufzeigt.

Zweifellos würde es Bollwerke des Widerstandes geben. Demokratische Mächte mit großer militärischer Rüstung werden und können diese vielleicht nicht in einer kurzen Zeitspanne aufgeben. Aber sie würden vielleicht die soziale Verteidigung ihren militärischen Vorbereitungen angliedern, wenn man ihre Wirksamkeit überzeugend demonstrieren könnte. Sie verlassen sich dann vielleicht mit der Zeit mehr und mehr auf diese Komponente, bis der Übergang vollzogen ist. Diktatorische und unstabile Regierungen würden sich wahrscheinlich aus innen- und außenpolitischen Gründen am stärksten an ihre militärischen Streitkräfte klammern. Die soziale Verteidigung kann nicht dazu benutzt werden, ein anderes Land zu »befreien« oder die Fundamente nationaler Solidarität und Stabilität zu liefern, wo diese fehlen. Im Falle einer Diktatur gibt es jedoch zwei Möglichkeiten, Einfluß auszuüben. Wird die Diktatur zum Teil durch die Furcht vor äußeren Angriffen motiviert, könnte die Übernahme der sozialen Verteidigung durch ihre vormaligen potentiellen militärischen Gegner diese Furcht vermindern und eine gewisse Liberalisierung gestatten. Dies ist die erste Möglichkeit. Die zweite ergibt sich aus dem Umstand, daß mit dem Entfallen einer militärischen Bedrohung von umgerüsteten Ländern der äußere Gegner auch nicht mehr als Vorwand benutzt werden kann, um die innenpolitische Opposition zu unterdrücken. Auch könnte das Vorbild der auf soziale Verteidigung umgerüsteten Staaten die unterdrückte Bevölkerung dazu inspirieren, nach größerer Freiheit zu drängen. Wenn die Umrüstung auf soziale Verteidigung als Nebeneffekt die Schwächung oder den Sturz diktatorischer Regime in einer Anzahl von Ländern hätte, wäre dies ein bedeutender Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt.

Die Umrüstung kommunistischer Staaten auf soziale Verteidigung wäre eine

radikale Entwicklung, ist aber nicht undenkbar. Sie würde weitgehend von dem Ernst abhängen, mit dem die Demokratisierung in diesen Ländern im Sinne der sozialistischen Ideale vorangetrieben würde.

Der Übergang zur sozialen Verteidigung ließe sich mit der sozialistischen Ideologie leicht vereinbaren. Die frühere militärische Verteidigung könnte als unglückliche geschichtliche Notwendigkeit erklärt werden, die jetzt nicht mehr gilt. Die soziale Verteidigung könnte als zwingende Konsequenz der sozialistischen Doktrin interpretiert werden, die ihr Vertrauen in die Stärke der Arbeiter setzt. In einer der letzten Reden Lenins erinnerte er z. B. seine Gefolgsleute an Zeiten in der Geschichte, in denen die Zivilisation der Eroberer derjenigen der Eroberten unterlegen war. In diesen Situationen war nach Lenin der Eroberte fähig, seine Zivilisation dem Eroberer aufzuzwingen[69].

Es ist darum denkbar, daß auch kommunistische Staaten in einigen Jahren oder Jahrzehnten zur sozialen Verteidigung übergehen. Solch ein Wechsel würde voraussetzen, daß das propagandistische Selbstverständnis der Sowjetunion zur Realität wird. Die Umrüstung würde eine echte öffentliche Unterstützung des Systems erfordern, das Fehlen aggressiver militärischer Absichten und einen Willen zur Entstalinisierung bis hin zur Übertragung und Verteilung der Macht auf die ganze Gesellschaft in einem bis jetzt unerreichten Grad.

Man kann zwar annehmen, daß anfänglich nur wenige Länder sich zu einer sozialen Verteidigungspolitik entschließen würden, dennoch läßt sich der Effekt dieser Maßnahme auf die internationalen Beziehungen schwer abschätzen. Die Entscheidung für die Umrüstung würde u. a. von folgenden Faktoren abhängen: der Brauchbarkeit der strategischen Planung, der Qualität und dem Ausmaß der Vorbereitungen und der Art der Ausbildung der Bürger. Der erfolgreiche praktische Einsatz sorgfältig vorbereiteter sozialer Verteidigungsmaßnahmen gegen einen einheimischen Usurpator oder eine Besatzungsmacht könnte andere Länder dazu bringen, gleichfalls umzurüsten. Wenn jedoch die ersten Einsätze dieser Verteidigungsstrategie schlecht vorbereitet und durchgeführt würden, könnte dies im Ergebnis die ganze Konzeption diskreditieren.

Wenn die ersten Umrüstungsexperimente sich als vielversprechend und wirkungsvoll erweisen, ist es gut möglich, daß mehr und mehr Länder die neue Verteidigungskonzeption übernehmen. Diese Entwicklung könnte von den Ländern direkt unterstützt werden, welche schon auf soziale Verteidigung umgerüstet haben. Länder mit sozialer Verteidigung könnten einander auf viele Arten helfen: durch Beistandspakte und durch gegenseitige strategische Beratung; durch das Bereithalten materieller Hilfsmittel der Ernährung und sonstigen Versorgung, durch Devisen, Zufluchtsorte für Verfolgte, Druckereien und Sendestationen und durch gemeinsame Anstrengungen, interessierte Länder mit Informationen über die Konzeption der sozialen Verteidigung zu versorgen.

Es ist vorstellbar, daß einige Länder immer militärische Streitkräfte haben werden. Das wäre jedoch kein Grund, die soziale Verteidigung abzulehnen, sondern eher einer, sie auszudehnen und wirksamer zu machen. Es wird noch lange not-

wendig sein, gegen innere und äußere potentielle Diktatoren verteidigungsbereit zu sein. Unsere Kenntnisse über die Technik der gewaltlosen Aktion und Politik der sozialen Verteidigung sind noch äußerst primitiv. Insbesondere muß die Natur totalitärer Regime analysiert und nach den Quellen ihrer Macht und ihren Sanktionsmitteln und ihren immanenten Schwächen gefragt werden. Wie können diese Schwächen durch gewaltlose Mittel verstärkt werden, um entweder die Regime dazu zu veranlassen, sich zu liberalisieren oder aber sich aufzulösen? Unter welchen Bedingungen kann die Unzufriedenheit und Neigung ihrer Truppen zur Meuterei erfolgreich verstärkt werden?

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Verteidigung wird man Fallstudien vergangener Besetzungen durch totalitäre und nichttotalitäre Regime durchführen und nach den gewaltsamen und gewaltlosen Widerstandsbewegungen forschen müssen. Welches sind die Theorien, die Wirkungsweisen und die Entwicklungsphasen der gewaltlosen Aktion und ihrer verschiedenen Strategien, und welches sind die Voraussetzungen für den Erfolg? In welcher Beziehung stehen gewaltlose Aktion und soziale Verteidigung zu verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen? Welche Systeme sind am ehesten mit dieser Politik vereinbar und welche stehen ihr am entferntesten gegenüber? Auf welche Probleme trifft man bei der Vorbereitung und der Ausbildung zur sozialen Verteidigung, bei der Arbeit einer Widerstandsbewegung und bei der Beibehaltung einer Untergrundorganisation unter schwerem Druck und unter totalitären Kontrollen? Was kommt heraus bei der Kombination der gewaltlosen Kampfmittel der sozialen Verteidigung mit Sabotage und militärischen Kampfmitteln? Wie sieht eine Außenpolitik aus, welche der Konzeption der sozialen Verteidigung optimal angepaßt ist?

Die soziale Verteidigung ist konzipiert, in einer Welt der Konflikte, der Aggressionen und der gebrochenen Versprechen zu funktionieren, in einer Welt des Mißtrauens und der Verdächtigungen; in einer Welt, in der nicht nur Diktatoren, sondern auch manchmal politisch Verrückte Macht- und Ehrenstellungen einnehmen; und in einer Welt, in der, selbst wenn alle militärischen Waffensysteme zerstört sind, diese immer wieder neu aufgebaut werden können. Die soziale Verteidigung wurde daher nicht als eine Politik für eine zukünftige, utopische Welt entwickelt. Sie gründet sich auf der Annahme, daß die Verteidigung heute, wenn sie real sein will und nicht einfach destruktiv, eine Selbstverteidigung sein muß. Dauernde und echte Freiheit hängt von der inneren Stärke und der Fähigkeit der Bürger ab, sie gegen alle Usurpatoren zu verteidigen. Die soziale Verteidigung kann sich letztlich als ein richtiger Weg zur Lösung des Kriegsproblemes erweisen. Nach gründlicher Untersuchung kann sie sich aber auch als eine Sackgasse entpuppen. Bei der Dringlichkeit einer Lösung des Kriegsproblems sollte man jedoch keine Konzeption, die in einer rational prüfbaren Form vorgetragen wird, ungeprüft übergehen. Eine Antwort auf ein so schwieriges Problem sollte aus einer peinlich genauen Betrachtung der realen und tragischen Welt basieren, in der wir leben müssen.

Solch eine Antwort muß in konkreten und praktischen Begriffen formuliert werden, um den Realitäten dieser Welt gerecht zu werden. Sie wird auch eine Lösung

sein müssen, die der Realisierung durch gewöhnliche Männer und Frauen zugänglich ist, die indessen – das müssen wir bedenken – außerordentlicher Anstrengungen fähig sind. Die Antwort kann keine Doktrin sein oder ein System, das einfach akzeptiert wird, um das Problem ein für allemal zu lösen. Die Maßnahmen zur Abschaffung des Krieges müssen Stufe um Stufe vorangetrieben werden; im Einsatz müssen sie geprüft, verbessert und dann wieder eingesetzt werden, bis der Krieg in der menschlichen Gesellschaft keinen Platz mehr hat.

ANMERKUNGEN

1. Jawaharlal Nehru, *Indiens Weg zur Freiheit,* Frankf.: Europ. Verlagsanstalt, o. J., S. 581.

2. *The Moral Equivalent of War* (Cabot, Vt.: International Voluntary Service, 1960), S. 1–12.

3. »The Political Equivalent of War«, *Atlantic Monthly,* Boston, Mass., Vol. 142 (Aug. 1928), S. 181/82.

4. Das will nicht heißen, daß Lippmanns Essay in anderer Hinsicht derselben Gedankenlinie folgte. Er vertrat im übrigen die Entwicklung von Weltregierungsinstitutionen. Im vorliegenden Artikel werden jedoch solche Institutionen nicht als voll funktionsfähiges Äquivalent des Krieges angesehen.

5. »Der Sinn der›Wertfreiheit‹ der Sozialwissenschaften« (1917); in: Max Weber, *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik,* Stuttgart: Kröner, 1956, S. 283. Edward A. Shils und Henry A. Finch (Glencoe, Ill.: The Free Press, 1949), S. 26/27.

6. Siehe Lewis Coser, *The Functions of Social Conflict* (Glencoe, Ill.: The Free Press, 1956), Seiten 31, 80 und 124/25.

7. Siehe Gene Sharp, The meanings of non-violence: a typology (revised), *Journal of Conflict Resolution,* Vol. III, No. 1 (März 1959), S. 41–66.

8. Die Vorschläge für »einseitige Initiativen« oder einseitige nukleare Abrüstung fallen in die Gruppe der präventiven oder verbessernden Methoden, deren Diskussion außerhalb des Rahmens dieses Artikels liegt.

9. Politische Macht wird hier definiert als die gesamte Autorität, der Einfluß, Druck und Zwang, die angewandt werden können, um die Erfüllung der Wünsche des Machthabers durchzusetzen. Somit sind Sanktionen gewöhnlich ein Schlüsselelement der Macht.

10. Eine Sanktion wird hier definiert als eine Repressalie gegen ein Verhalten, das nicht in der erwarteten oder gewünschten Weise erfolgt, und (oder) als eine Aktion, die ein gewünschtes Verhalten bei der Person oder Gruppe erzeugen soll, gegen welche die Sanktion gerichtet ist.

11. Siehe Joan V. Bondurant, *»Conquest of Violence.« The Gandhian Philosophy of Conflict* (Princeton: Princeton Univ. Press, 1958), S. 218–222; Daniel Katz, Consistent reactive participation of group members and reduction of intergroup conflict, *Journal of Conflict Resolution,* Vol III, No. 1 (März 1959), S. 35.

12. *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace* (3rd ed.; New York: Alfred A. Knopf, 1960), S. 513 und 519.

13. Siehe Amitai Etzioni, *The Hard Way to Peace: A New Strategy* (New York: Collier Books, 1962), S. 112 und 173–202.

14. Siehe Hedley Bull, *The Control of the Arms Race: Disarmament and Arms Control in*

the Missile Age (London: Weidenfeld & Nicolsen for the Institute of Strategic Studies, 1961), S. 5.

15. Op. cit., S. 509; siehe auch Bull, op. cit., S. 36.

16. Siehe Arthur Waskow, *Unintended War* (Philadelphia: American Friends Service Committee, 1962).

17. Siehe Morgenthau, op. cit., S. 389–411.

18. Bull, op. cit., S. 68.

19. A. a. O., S. 135.

20. Morgenthau, op. cit., S. 408; siehe auch Bull, op. cit., S. 8.

21. Bull, op. cit., S. 101/02.

22. A. a. O., S. 203.

23. Thomas C. Schelling und Morton H. Halperin, *Strategy and Arms Control* (New York: Twentieth Century Fund, 1961), S. 5.

24. Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure* (rev.; Glencoe, Ill.: The Free Press, 1949), S. 79.

25. *Structure and Function in Primitive Society* (New York: The Free Press of Glencoe, 1963), S. 180.

26. John W. Bennet und Melvin M. Tumin, *Social Life: Structure and Function* (New York: Alfred A. Knopf, 1949), S. 245.

27. Merton, op. cit., S. 33/34.

28. Coser, op. cit., S. 50.

29. Siehe Morgenthau, op. cit., S. 412–424.

30. A. a. O., S. 412.

31. *Napoleon's Maxims of War* (New York: James G. Gregory, 1861), Maxim XVI.

32. *Strategy* (New York: Frederick A. Praeger, 1955), S. 25.

33. Siehe Auguste Comte, *The Positive Philosophy of Auguste Comte,* trans. Harriet Martineau (London: John Chapman, 1896), Vol. II, S. 223–225; siehe auch Thomas H. Green, *Lectures on the Principles of Political Obligation* (London: Longmans, Green and Co., 1895), S. 121–141.

34. Robert M. MacIver, *The Web of Government* (New York: Macmillan Co., 1947), S. 15.

35. Siehe Comte, op. cit., S. 223–225; MacIver, op. cit., S. 107–188; Harold D. Lasswell, *Power and Personality* (New York: W. W. Norton and Co., 1948), S. 10.

36. Eine ausführliche Definition findet sich bei Sharp in Adam Roberts et al., *Civilian Defense* (London: Peace News, 1964), Appendix II.

37. Siehe die Einführung von Arthur Livingstone in Gaetano Mosca, *The Ruling Class* (New York: McGraw-Hill Book Co., 1939), S. xix.

37a. Siehe Austin, op. cit., S. 302–306 und 457/58; Wolff, op. cit., S. 183 und 250; de Jouvenel, *Sovereignty: An Inquiry into the Political Good* (Chicago: Univ. of Chicago Press, 1957), S. 32/33.

38. Siehe Jeremy Bentham, *A Fragment on Government and an Introduction to the Principles of Morals and Legislation* (Oxford: Basil Blackwell, 1948), S. 84–103; Bertrand de Jouvenel, *On Power: Its Nature and the History of its Growth* (New York: Viking Press, 1949), S. 27/28; Lasswell, op. cit., S. 10–12 und 16; Kurt H. Wolff, *The Sociology of Georg Simmel* (Glencoe, Ill.: The Free Press, 1950), S. 183–186 und 250.

39. Max Weber, Politik als Beruf, in: ders., *Gesammelte politische Schriften,* Tübingen: J. C. B. Mohr, 1958, S. 495.

40. Siehe Franz Neumann, Approaches to the Study of Political Power, *Political Science Quarterly,* Vol. LXV, No. 2 (Juni 1950), S. 162; John Austin, *Lectures on Jurisprudence or the Philosophy of Positive Law* (4th ed.; London: John Murray, 1873), Vol. I, S. 92: »Kein denkbares Motiv wird mit Sicherheit zur Willfährigkeit führen, oder kein denkbares Motiv wird unvermeidbar Gehorsam hervorbringen.«

41. De Jouvenel, op. cit., S. 27.

42. *Indiens Weg zur Freiheit,* S. 386.

43. India in 1930–1931 (Calcutta: Government of India, 1932), S. 80/81.

44. Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik,* Düsseldorf: Droste, 1958, S. 680.

45. Zit. bei Dallin, S. 232.

46. Nach Dallin, S. 530.

47. Zit. bei Dallin, S. 564.

48. Zit. bei Dallin, S. 510.

49. Text siehe bei M. K. Gandhi, *Non-violence in Peace and War* (Ahmedabad: Navajivan Publishing House, 1948), Vol. I, S. 174.

50. Karl W. Deutsch, Cracks in the Monolith: Possibilities and Patterns of Disintegration in Totalitarian Systems; in: Carl J. Friedrich (ed.), *Totalitarianism* (Cambridge: Harvard Univ. Press, 1954), S. 313–315.

51. Eine Diskussion dessen siehe a. a. O., S. 309–331. Einige der inneren Konflikte des Naziregimes werden von Dallin dokumentiert.

52. Green, op. cit., S. 77.

53. Pazifisten können die Anwendung gewaltloser Aktionen unterstützen oder ablehnen.

54. Siehe die Studie von Sharp, in Roberts, et. al., op. cit., Appendix I.

55. Siehe a. a. O.

56. Heinz Ullstein, *Spielplatz meines Lebens,* München: Kindler, 1961, S. 339/40; zitiert nach Theodor Ebert, Effects of Repression by the Invader, »Peace News« (London), 19. 3. 1965.

57. Sharp, »Creative Conflict in Politics« (London: Housmans, 1962), S. 5/6.

58. George F. Kennan diskutierte die Schwierigkeiten, die darin liegen, die Kontrolle über große eroberte Gebiete zu erlangen und aufrechtzuerhalten, in: *Russia and the West under Lenin and Stalin* (Boston: Little, Brown and Co., 1961), S. 276.

59. Siehe Arne Naess, Non-military defence and foreign policy, in Roberts, et. al., op. cit., S. 36.

60. A. a. O., S. 34.

61. »The Unique Character of Totalitarian Society«, in: *Totalitarism,* op. cit., S. 56. »Wenn sich die Leute gegen einen Gewalt anwendenden Invasor auf dem Niveau der Gewalt verteidigen wollen, so diktiert der Invasor dem Verteidiger, welche Kampfmethoden er zu benutzen hat.« Bart. de Ligt, *The Conquest of Violence: An Essay on War and Revolution* (New York: E. P. Dutton & Co., 1938), S. 198.

62. »Totalitarism in the Modern World«, in: *Totalitarism,* op. cit., S. 23.

63. Eine kurze Diskussion der Vorbereitungen findet man bei Sharp, Deterrence and liberation by civilian defence, in: Roberts et. al., op. cit., S. 48/49. Die heute beste und tiefgehendste Diskussion findet man bei Theodor Ebert, Organization in Civilian Defence, in: Adam Roberts (ed.), *The Strategy of Civilian Defence,* London: Faber & Faber, 1967, S. 255–273.

64. A. a. O.; siehe auch Theodor Ebert, Preparations for Civilian Defence; in: T. K.

Mahadevan, Adam Roberts and Gene Sharp (eds.), *Civilian Defence. An Introduction*, Bombay: Bharatiya Vidya Bhavan, 1967, S. 152–157.

65. Dieses wichtige Feld erfordert umfassendere Betrachtungen und Untersuchungen, als sie in diesem Artikel möglich sind. Eine ausgezeichnete Diskussion findet man bei April Carter, Political Conditions for Civilian Defence; in: A. Roberts (ed.), *The Strategy of Civilian Defence*, S. 274–290.

66. Dies wurde vorgeschlagen von Th. Ebert, Organization in Civilian Defence, op cit., S. 260/61 und S. 266/67, und von Lars Porsholt, *How to Meet Measures of the Occupying Power Against the Civil Resistance*. Arbeitsunterlage für die Civilian Defence Study Conference, in Oxford, England, im Sept. 1964.

67. Die bislang umfassendste Diskussion dieser verschiedenen Operationsgebiete nebst alternativen und unterstützenden Strategien findet sich bei Th. Ebert, *The Strategy of Civilian Nonviolent Warfare*, einer Arbeitsunterlage für die Civilian Defence Study Conference. (Siehe jetzt auch: Adam Roberts, Civilian Defence Strategy; in: A. Roberts (ed.), *The Strategy of Civilian Defence*, S. 215–254.

68. Krishnalal Shridharani, *War Without Violence* (New York: Harcourt, Brace and Co., 1939), S. 305.

69. I. Deutscher, *Stalin: A Political Biography* (London: Oxford Univ. Press, 1949), S. 359.